

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zusätze
(4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 28. April. Se. R. G. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchst geruht: Dem Herzoglich sachsen-coburg-gothaischen Major und Flügel-Adjutanten von Reuter, dem Premier-Lieutenant v. Lothen in 14. Infanterie-Regiment und kommandiert als Hilfslehrer bei der Central-Zurn-Anstalt in Berlin, und dem Kriminal-Polizei-Kommissarius a. D. Schmidt zu Weltsleben im Mansfelder Gebirgsfreise, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Thor-Kontrolleur Wassermann zu Wesel, und dem Kasernenwärter a. D. Gaertner zu Venrath im Kreise Düsseldorf, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; dem Kammerherrn Georg Friedrich v. Holzh Alexander von Buch auf Stolpe zum Landrathe des Kreises Angermünde, im Regierungsbezirk Potsdam; ferner die Kreisrichter Wyganski in Trzemeszno, von der Osten-Sacken in Gnesen, Bach in Bromberg und Müller in Wongrowitz zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; dem Geheimen Archivar bei dem Königl. Haus-Archiv, Hermann Martins, den Charakter eines Archiv-Rathes; und dem Kreisgerichts-Salariatsassistenten Bertholz zu Lobens den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der bisherige Kreisgerichts-Rath Sievogt in Torgau ist zum Rechtsanwält bei dem Stadtgericht in Berlin und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin, und mit der Beförderung ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Kreisgerichts-Rath“ den Titel „Justiz-Rath“ zu führen.

Am Gymnasium zu Anklam ist die Beförderung des Dr. Briegleb zum Oberlehrer genehmigt worden.

Die Königl. Akademie der Wissenschaften hat in ihrer Plenarsitzung vom 26. April 1860 die Herren Theodor Benfey in Göttingen, Carlo Morosio in Mailand, Angelo Vizzana in Parma und Ferdinand Wolf in Wien zu korrespondirenden Mitgliedern ihrer philosophisch-historischen Klasse ernannt.

Angelommen: Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister an den Großherzoglich mecklenburgischen Höfen, so wie bei den freien Hansestädten Hamburg, Lübeck und Bremen, Freiherr von Nichteusen, von Hamburg.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 4. Klasse 121. Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Hauptgewinne von 10,000 Thlr. auf Nr. 22,498 und 27,049. 1 Gewinn von 5000 Thlr. fiel auf Nr. 94,152. 5 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 31,538, 36,719, 54,354, 59,132 und 84,217.

38 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 2175, 4510, 4992, 12,519, 16,580, 18,558, 20,319, 23,255, 23,588, 24,336, 25,348, 27,853, 29,701, 31,411, 32,370, 37,547, 41,979, 42,153, 43,151, 47,789, 50,076, 51,307, 52,608, 54,936, 57,374, 61,792, 62,137, 63,529, 65,746, 69,225, 69,340, 69,591, 83,891, 87,809, 88,170, 90,655, 91,651 und 94,148.

43 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 2695, 2712, 5727, 8505, 9069, 10,634, 11,867, 14,868, 15,619, 15,627, 16,409, 17,403, 17,758, 20,648, 22,151, 32,854, 35,137, 35,776, 39,513, 43,011, 43,539, 44,057, 44,955, 47,753, 49,237, 52,373, 55,302, 59,106, 63,697, 64,051, 65,510, 67,169, 75,891, 76,071, 77,422, 78,676, 79,957, 81,783, 83,338, 83,436, 83,486, 87,265 und 93,627.

55 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 1539, 2482, 7014, 7705, 7840, 9878, 14,430, 15,779, 17,557, 20,607, 21,607, 22,137, 23,752, 24,007, 25,541, 25,874, 28,129, 28,308, 28,952, 31,734, 31,932, 33,332, 34,202, 35,353, 37,229, 38,205, 41,079, 41,083, 41,939, 44,772, 47,519, 51,106, 51,425, 52,024, 52,964, 53,613, 60,636, 61,662, 65,289, 65,696, 68,338, 68,766, 71,449, 73,519, 79,785, 81,011, 84,515, 85,397, 86,166, 91,004, 91,200, 91,411, 91,724, 93,411 und 94,264.

Berlin, den 27. April 1860.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Luzin, Freitag, 27. April. Nach einer der Regierung von der Rhede von Palermo zugegangenen Depesche vom 25. d., Abends, war die Revolution daselbst betwältigt. Die Stadt befand sich im Belagerungszustande und waren viele Truppen in derselben. In Messina herrschte Ruhe. Die wenig beträchtlichen Insurgentenhäufen im Innern der Insel scheinen überall zerstreut zu sein. Die Küsten sind überwacht. Die Bevölkerung der Insel ist in großer Aufregung. Nur zu Marsala ist die Autorität der Regierung noch nicht wieder hergestellt.

(Eingegangen 28. April 8 Uhr Vorm.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 27. April. [Zur Situation; der Stand der Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung; Preßstimmen über die Bundesstrage.] Bis jetzt ist Frankreich weder mit einer offiziellen Einladung zur Konferenz, noch mit einem bestimmten Programm für die Beratungen derselben hervorgetreten. Doch sieht man in kürzester Zeit einer Entscheidung entgegen. Es versteht sich von selbst, wie ich schon seit Wochen in Aussicht stellen konnte, daß Napoleon nicht das Mindeste gegen eine Konferenz einzuwenden hat, wenn er im Voraus die Zustimmung erhält, daß die Diplomatie weder die Thatsache der Vergrößerung Frankreichs in Frage stellen, noch eine Theilung Savoyens zu Gunsten der Schweiz in Anspruch nehmen werde. Ob die europäischen Mächte schwach genug sind, um solche Vorbedingungen zuzugestehen und sich mit dem Scheinkonzeptionen in Betreff des Besatzungs- und Besitzungsrechtes abfinden zu lassen, wird die nächste Zukunft zeigen. Leider ist es aber schon jetzt Thatsache, daß Frankreich für seine Absichten einen sehr willfährigen Helferselfer an Rußland findet. Vom Petersburger Kabinett geht in der That der Vorschlag aus, daß in Paris selbst die Beratungen über die Savoyischen Angelegenheiten stattfinden. Preußen sucht auch in dieser Vorfrage die Allgewalt des französischen Einflusses zu hemmen; doch scheint es leider in seinen Bemühungen sehr vereinzelt zu stehen.

Mein jüngster Bericht über den Stand der Verhandlungen wegen der Bundeskriegsverfassung (I. Nr. 96) könnte leicht Mißverständnisse veranlassen, denen ich durch nachstehende Erläuterungen

vorzubeugen hoffe. Bis jetzt liegt nur das Gutachten der Bundesmilitärkommission vor, welche den preussischen Antrag auf Revision rundweg ablehnt. Diese Kommission besteht aus militärischen Fachmännern und hat vorzugsweise die rein technischen Gesichtspunkte festzustellen. Ihr Gutachten gelangt nicht an den Bundestag, sondern an den Bundesmilitär-Ausschuß, welcher, aus den Vertretern mehrerer Bundesstaaten gebildet, die ihm zugewiesenen Fragen nach allgemeineren Rücksichten zu prüfen hat und dessen Bericht dem Beschlusse des Bundestages zu Grunde gelegt wird. Der Bericht des Bundesmilitär-Ausschusses ist noch nicht erstattet; doch steht der letztere unter dem vorwiegenden Einfluß der österreichischen und würzburgischen Auffassung und dürfte schwerlich den preussischen Anträgen ein günstiges Votum schenken. — Die hiesige „Spenerische Zeitung“ tritt den Stimmen, welche ein Ausscheiden Preußens aus dem Bunde empfehlen, mit Entschiedenheit entgegen, und mangelt in den Ausführungen des Blattes eine Inspiration der Regierung zu erkennen. Dagegen haben die „Bundestürmer“ einen unerwarteten Bundesgenossen in dem „Straßburger Korrespondenten“ erhalten. Dieses Blatt, welches den „napoleonischen Ideen“ am Rhein Eingang verschaffen soll, erklärt sich mit großem Eifer für den Antrag des Hrn. v. Carlowitz. (Deshalb ist aber dieser Antrag doch keineswegs französischfreundlich. D. R.)

[Berlin, 27. April. [Vom Hofe; Unglücksfälle u.] Unsere Majestäten machen in den sonnigen Nachmittagsstunden ihre gewöhnlichen Spazierfahrten, haben diese aber in den letzten Tagen auf den Garten von Sanssouci beschränkt. Heute Mittag machte der Prinz-Regent der Königin einen Besuch auf Schloß Sanssouci, kehrte aber nach einem nur kurzen Aufenthalte wieder hierher zurück. Wie es heißt, hatte die Königin seinen Besuch gewünscht. Der Prinz-Regent konferirte gleich nach seiner Rückkehr mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Im Laufe des Vormittags hatte der Prinz-Regent bereits die Vorträge des Polizeipräsidenten, des Direktors, Geheimrath v. Obfelder, des General-Intendanten v. Hülsen und des Ministers v. Auerswald entgegen genommen und darauf im Beisein des Fürsten von Hohenhausen eine Deputation aus Löwenberg in Schlesien empfangen. Wie ich schon früher bemerkt, sind aus allen Provinzen hier Deputationen anwesend, die dem Prinz-Regenten Anliegen vorzutragen haben. Einige haben bereits Audienz gehabt. — Der Prinz Friedrich Wilhelm erschien heute Vormittag, nachdem er den Truppenübungen auf dem Tempelhofer Felde beigewohnt hatte, im Herrenhause und blieb bis zum Schluß der Sitzung in der Hofloge. Auch gestern war der Prinz dort anwesend. — Der General der Inf. v. Lindheim hat den Auftrag erhalten, an den schwedischen Hof zu gehen und dort den Kronungsfeierlichkeiten beizuwohnen. In seiner Begleitung werden sich die Majors v. Dannenberg und v. Berger und der Kürassier-Offizier v. Lindheim befinden. Gestern Abend befand sich der General beim Prinzen Friedrich. — Gestern Vormittag begab sich der General v. Schlemmüller nach Potsdam und nahm dort den Kavallerie-Regimentern zu Fuß im Lustgarten die Parade ab. Der Vorbeimarsch erfolgte zuerst in Zügen und sodann in Kolonnen. Die Regimente hatten sich der Zufriedenheit des Generals zu erfreuen. Am Sonntag findet vor dem Prinz-Regenten die erste Kirchenparade statt und erscheinen dabei die Kavallerie-Regimenter; die nächste Kirchenparade ist Sonntag darauf und sind zu derselben das 1. Garde-Regiment zu Fuß und das Garde-Jäger-Bataillon befohlen. Am 13. Mai haben das Inf. Lehr-Bat. und die Schulabtheilung Kirchenparade und am 22. Mai wird der Prinz-Regent die gesamte Potsdamer Garnison die Revue passieren lassen.

Aus Potsdam werden folgende Unglücksfälle gemeldet. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr fuhr die Frau Prinzessin Friedrich Karl spazieren. Der Kutscher fuhr in vollem Trabe die Jägerallee entlang nach Schloß Sanssouci und als er am Obelisk die Schwengung machte, brach plötzlich der Lakatensitz hinten ab und die beiden Diener stürzten rücklings auf die Chaussee. Die Frau Prinzessin ließ sofort halten, stieg aus und erkundigte sich in theilnehmendster Weise nach dem Befinden der beiden Lakaien, schickte aber auch auf der Stelle den Vorreiter nach Schloß Sanssouci und ließ einen Wagen herbeiholen; erst als dieser angekommen war und auch ärztliche Hilfe mitgebracht hatte, begab sich die Frau Prinzessin nach dem Schlosse. Der Wagen ist erst vor einigen Wochen für eine bedeutende Summe angekauft worden und soll die allzuleichte Konstruktion des Dienersitzes und dessen zu schwache Befestigung Schuld an jenem Unglück tragen. Das Befinden der beiden Diener soll heute ziemlich befriedigend sein, so daß wenigstens ihr Leben außer Gefahr scheint. — Ein anderer Unglück trug sich gestern im Lustgarten daselbst zu. Vier Knaben, deren Eltern dem Handwerksstande angehören, spielten daselbst am Teich, fischten aus demselben weiße Wurzeln und aßen davon eine große Menge, da ihre Süßigkeit ihnen behagte. Schon nach wenigen Stunden verschieden zwei derselben unter den fürchterlichsten Schmerzen; heute früh ist ihnen der dritte bereits gefolgt und auch der letzte ist in der größten Gefahr, obgleich die Aerzte alles gethan haben, um die beiden letzten Knaben zu retten. Die Kinder hatten Wasserhüchling gegessen. — Der Landes-Ordensmeister, General v. Selafinski, wird am Sonntag früh vom Lohengau aus begraben. Der Prinz-Regent und der Prinz Friedrich Wilhelm schicken dazu ein Sechsgespänn. Die Trauerzeit um den dahingegangenen Ordensmeister wird 6 Wochen dauern und während derselben jede Arbeit ruhen.

** Berlin, 27. April. [Aussichten und Aussichten.] Ein „von der Leine“ datirter Brief giebt interessante Aufschlüsse über die Motive, weshalb den preussischen Reformvorschlägen der Bundeskriegsverfassung so großer Widerstand Seitens der Mittel-

staaten bereitet wird. In dem Briefe heißt es u. A., daß „Österreich durch die Mittelstaaten das geheime Ziel verfolge, Preußen zu der Konzeption hindrängen, sich dem Eintritte des gesammten österreichischen Ländergebietes in den deutschen Bund nicht länger zu widersetzen. So lange sich hierüber Preußen mit Österreich nicht verständigt, würde man jegliche Erörterung über die Reformvorschläge von vorn herein ablehnen. Um diese Angelegenheit zu fördern, sei der König von Sachsen nach Berlin gekommen, habe aber nicht reüssirt. Die deutschen Regierungen seien der Meinung, daß Preußen den Zutritt seiner Gesamtmacht zu dem Bundesgebiete nicht nur Deutschlands, sondern um seiner gefährdeten Rheinprovinz willen beabsichtige, daß man aber hierauf so lange nicht eingehen werde, bis Preußen, wie mit seinem ganzen Heere, so auch mit seinem ganzen Ländergebiete dem deutschen Bunde beigetreten sein würde. Die erste Konzeption würde weitere im Gefolge haben, und darum sei es besser, die erste zu verweigern und Alles beim Alten zu lassen, so sei das Votum Hannover's zu erklären, daß die Bundeskriegsverfassung keiner Reform bedürfe.“ So schreibt mein Gewährsmann aus Norddeutschland, während im Süden den Preußen vorgeworfen wird, sie schächerten mit Frankreich um das linke Rheinufer. — Die diplomatischen Agenten Frankreichs in Deutschland geben sich alle Mühe, das Thonvenel'sche Memorandum möglichst beruhigend zu interpretiren. Es gelingt ihnen nicht überall; denn als neulich ein Diplomat den zweiten Theil dieses Memorandums, der die Annexion der neutralisirten Distrikte Savoyens von dem strategischen Gesichtspunkte aus beleuchtet, einem deutschen Minister vorlegte, ward ihm geantwortet, daß es vorzuziehen sei, Frankreich auf das Gebiet derartiger Auseinandersetzungen nicht zu folgen, daß er ihm aber nicht verhehlen wolle, daß, wenn etwa Deutschlands Interessen in ähnlicher Weise betrachtet werden sollten, der Feind Deutschland einiger finden dürfte, als es, den Zeitungen nach zu urtheilen, den Anschein hat.

— [Austritt aus der Landeskirche.] Der Justizminister hat durch Verfügung vom 3. d. M. sämtliche Gerichte, mit Ausschluß derer im Bezirke des Appellationsgerichtshofes in Köln, angewiesen, den zuständigen Geistlichen Mittheilung von jedem wirklich erfolgten Austritte aus der Kirche zu machen. Durch die Verordnung vom 30. März 1847 ist bekanntlich eingeführt worden, daß der Austritt aus der Kirche durch Erklärung vor dem Richter erfolgen kann. Die jetzt getroffene Einrichtung ist auf den Wunsch des Ministers der geistlichen u. s. m. Angelegenheiten erfolgt, da es für den Geistlichen zu wissen wichtig ist, ob der Austritt aus der Kirche wirklich Statt gehabt. (R. Z.)

— [Deutsche Karten für Frankreich.] Der „Schw. M.“ meldet: Man scheint in Paris mit dem Studiren von Deutschland sich gründlich zu beschäftigen. In der neuesten Nummer der süddeutschen Buchhändlerzeitung sucht eine Pariser Buchhandlung den großen topographischen Atlas von Bayern in 100 Blättern und Papens topographischen Atlas von Hannover und Braunschweig in 82 Blättern „antiquarisch“, jedoch in lauberen Exemplaren“, billig zu kaufen. Die großen topographischen Atlasse von Baden, Württemberg u. c. besitzt wohl der Auftraggeber bereits.

Liegnitz, 26. April. [Die Stadtverordneten] beschlossen am 21. d. die Niederreißung unserer Stadtmauern.

Münster, 26. April. [Personalien.] Der Bischof von Osnabrück und der Weihbischof Brindmann sind aus Rom zurückgekehrt.

Paderborn, 25. April. [Geldsendung nach Rom.] In diesen Tagen ging die erste Sendung des gesammelten Peterspfennigs von hier ab: eine Summe von 4000 Thaler, und schon liegt abermals eine ähnliche Summe bereit. Als Beweis der Opferwilligkeit des westfälischen Adels ist gewiß das Faktum erwähnenswerth, daß Hr. v. Papen auf Haus Lohe als seinen Beitrag 1000 Thlr. hierher gesandt hat. (R. Bl.)

Bayern. München, 27. April. [Telegr.] Durch Entschließung des Königs werden die Gesetzgebungs-Ausschüsse beider Kammern zur Verathung der Entwürfe eines Strafgesetzbuches und eines Polizeistrafgesetzes auf den 4. Juni einberufen.

Württemberg. Stuttgart, 26. April. [Sympathien für die Schweiz; Mißtrauensadresse; die kurhessische Frage.] Am 15. d. hat auch in Baihingen (an der Enz) eine Demonstration zu Gunsten der bedrängten Schweiz stattgefunden. Es wurde dort eine größere Versammlung abgehalten, die allgemein ihre Theilnahme für das bedrängte Schweiz bedrohe, auch Deutschland gelte. Es wurde daher der Vorschlag gemacht, in Vereine zusammenzutreten, um die bürgerliche Gesinnung und Tüchtigkeit, so wie politische Einheit und Bildung, wieder mehr zu heben und zu verbreiten. Der Vorschlag, zu Anschaffung von Gewehren eine Sammlung zu veranstalten, wurde freudig begrüßt und sogleich mit günstigem Erfolge ausgeführt. — Die Ulmer haben ihrem Abgeordneten, Stadtschultheiß Schuler, weil er in der Abgeordnetenkammer für Abschließung eines Konkordates abgestimmt, eine Mißtrauensadresse zugesandt. — Die preussischen Kammerverhandlungen über die kurhessische Verfassungsfrage werden hier mit dem lebhaftesten Interesse gelesen, um so mehr, als bekanntlich das Votum unserer Regierung am Bunde ausdrücklich zur definitiven Feststellung der kurhessischen Verfassung ein vorgängiges Einverständnis mit den Ständen und für die Ertheilung der Garantie nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen ein Nachsuchen der Regierung, in Uebereinstimmung mit den Ständen“ für unerlässlich erklärt. Die kurhessische Verfassungsfrage ist demnach noch lei-

neßwegs gelöst, wenn die kurhessische Regierung glaubt, sie brauche nur die Verfassung zu publizieren und die Garantie nachzusuchen und zu erhalten.

Unhalt. Deßau, 25. April. [Die Verfassungsfrage; die Stellung der Juden.] Zwei Fragen, welche für unsern Landtag von Wichtigkeit sind, sind bei dessen Zusammenritt noch unerledigt. Die nachgesuchte Garantie des Bundestags für das Verfassungswort ist noch nicht erteilt; ja, es haben darüber unsern Wissens noch gar keine eigentlichen Verhandlungen stattgefunden. Kann man annehmen, daß alle Glieder des Bundes auch nur indirekt ihre Zustimmung zu einem Werke geben werden, welches eine so abnorme Stellung zu den Anschauungen und Bedürfnissen unserer Tage einnimmt? Wird namentlich nicht Preußen sich einer Prüfung der Rechtsgrundlagen desselben so gut wie in der kurhessischen Verfassungsfrage unterziehen müssen? — Andererseits ist der Einspruch der inländischen Jüdischen Gemeinden bezüglich des Ausschusses aller jüdischen Unterthanen vom aktiven und passiven Wahlrecht bei den Landtagen, „ihres Glaubens wegen“, noch nicht definitiv erledigt. Auf die dieserhalb an den Herzog gerichtete Petition ist vor Kurzem beschieden worden, daß die Wahlfähigkeit der Israeliten darum ausgeschlossen bleiben müsse, weil die Landschaftsordnung auf der Basis der früheren ständischen anhaltischen Gesamtverfassung beruhe, nach welcher die Landschaftsfähigkeit kein allgemeines staatsbürgerliches Recht gewesen sei und insbesondere den Juden nicht zugestanden hätte, mit der Fortdauer dieses Ausschlusses aber die geglättete Gleichstellung der Israeliten mit den Christen in bürgerlichen Rechten und Pflichten nicht berührt werde. Die Basis der alten anhaltischen Landschaft, die übrigens durch die Verfassung von 1848 hinfällig geworden ist, mußte aber auch nichts von einer Vertretung der Landgemeinden, während die neue Landschaftsordnung denselben dieses Recht gewährt. Wie wir hören, haben sich die jüdischen Gemeinden bei der festigen Entscheidung nicht beruhigt, beabsichtigen vielmehr zu remonstrieren und sich namentlich gegen die Unterscheidung zwischen der Gleichstellung der Israeliten in bürgerlichen und derjenigen in staatsbürgerlichen Rechten zu verwahren. (M. 3.)

Baden. Karlsruhe, 25. April. [Selbstmord; v. Blittersdorf.] Gestern Vormittag hat sich hier der Generalmajor vom Armeekorps und frühere Kommandant des großherzoglichen Gendarmekorps, Heinrich v. Renz, wie man hört, in Folge einer Hirnkrankheit erschossen. Drei seiner Söhne stehen als höhere Offiziere in badischen Diensten, der älteste als Oberst und Kommandeur der Gendarmarie. — Der ehemalige badische Minister und Bundestagsgeandte Freiherr v. Blittersdorf, seit lange in Frankfurt wohnhaft, ist geisteskrank geworden (in Folge von Geldspekulationen, sagt man) und wurde nach der Bades-Heil- und Pflegeanstalt Allenau gebracht. (M. P. 3.)

Frankfurt a. M., 25. April. [Schwedens Antwort auf die Thouvenel'sche Depesche.] Eine Depesche des Freiherrn v. Thouvenel, d. d. Stockholm, 27. März, welche die Depesche Thouvenel's vom 13. März beantwortet, nimmt von den feierlichen Erklärungen Frankreichs gegen die Tendenz der Vergrößerung, das Prinzip der Nationalität und die Theorie von den natürlichen Grenzen Ab, reserviert sich ausdrücklich gegen Prinzipien, deren Anwendung nur durch exzeptionelle Umstände gerechtfertigt sein könne (findet aber sonst Alles, was und wie es Louis Napoleon in Italien ausgeführt resp. angetrieben hat, ganz gut und zweckmäßig; d. Red.), und befürwortet endlich dringend die vertragsmäßigen Reklamationen der Schweiz für Neutralisierung der savoyischen Distrikte.

Hessen. Kassel, 26. April. [Preßverhältnisse.] Vorgestern ist in den hiesigen Buchhandlungen von der Polizei nach der kleinen Schrift Deffers über „die Preßzustände in Kurhessen“ geforscht und zugleich angeordnet worden, daß dieselbe nicht verkauft werden dürfe. Die „Kasseler Zeitung“ enthält die dreifache Behauptung, daß die in dieser Broschüre enthaltenen Artikel nicht bloß „beschlagnahmt“ (1), sondern auch zur „Unterdrückung verurteilt“ worden seien, während die Staatsprokuratur ausdrücklich erklärt hat, daß „in dem Inhalt der vorgelegten Druckschrift keine Veranlassung zu gerichtlichem Vorgehen gegen den Verfasser gefunden werde“.

Oldenburg, 25. April. [Nationalsubskription für die Flotte; zur kurhessischen Frage.] Der „Südd. Btg.“ wird von hier geschrieben: Daß die Nationalsubskription für die Flotte hier „Anfang“ gefunden habe, ist richtig; aber im Resten ist noch nichts erklungen. Bei den großen Mitteln, deren es bedarf, um Deutschland zur See kriegstüchtig zu machen, ist mit den freien Gaben derer, die von ihrem Ueberflusse geben, wenig auszurichten. Hier am Orte drückt augenblicklich, außer der Kriegsgefahr, bei der Handel und Schifffahrt lange vor dem Kriege leiden, auch die neue Einkommensteuer, bei der die festen Gehalte und die durchschnittlichen Verhältnisse in der Residenz stark und, wie man annimmt, unverhältnismäßig gefaßt sind. — Die Presse beschäftigt sich aber außerdem auch mit Kurhessen. Unter anderen Beschlägen, welche die „Oldenburger Zeitung“ besprochen hat, befindet sich folgender: 1) Die Ständerversammlungen in allen Staaten, welche für Beseitigung des kurhessischen Staatsgrundgesetzes gestimmt haben, müssen die Mittheilung der dieser Abstimmung zu Grunde liegenden Instruktionen verlangen; 2) sie müssen, möge nun diese Vorlegung gewährt oder verweigert werden, das längere Verbleiben derjenigen Staatsminister, welche die Gesandten zur Abstimmung im Sinne der Frankfurter Majorität angewiesen haben, in ihrem Amte als gefährlich für die Erhaltung des Rechtszustandes im eigenen Lande erklären; 3) sie müssen feierliche Verwahrungen einlegen gegen alle Konsequenzen des gefaßten kompetenzwidrigen Bundesbeschlusses und gegen jede weitere Anwendung der darin zur Geltung gekommenen Maximen.

Großbritannien und Irland.

London, 25. April. [Französisches Programm für die Konferenz.] Wie man dem Bureau von Reuters meldet, hat Frankreich den Mächten folgendes Programm für die Konferenzen unterbreitet. Frankreich glaubt, daß die Konferenz sich auf eine Prüfung des Artikels 92 der Wiener Kongressakte zu beschränken habe, der die betreffenden Bestimmungen über Chablais und Faucigny enthält. Frankreich erklärt, daß es bereit sei, dieselben Staats-Servituten auf diese Provinzen zu übernehmen, wie

Piemont. Für den Fall, daß die Mächte der Ansicht seien, diese Servituten bedürften einer Modifikation, würde Frankreich auf ein Abkommen eingehen, so weit dasselbe keine Aenderung der erworbenen Rechte, noch eine Zerstückelung Savoyens in sich schließt.

London, 26. April Abends. [Parlament.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Russell auf eine desfallsige Interpellation Sheridan's, daß die englischen Unterthanen in Sicilien genügenden Schutz hätten und daß es unwahrscheinlich sei, daß Oesterreich zur Unterdrückung des sicilianischen Aufstandes verwendet worden wäre. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 25. April. [Stand der savoyischen Frage.] In hiesigen diplomatischen Kreisen war dieser Tage die Nachricht verbreitet, daß die Schweiz eine Konferenz unter den von Frankreich gestellten Bedingungen definitiv ablehne. Ich füge hinzu, daß mehrere der hier beglaubigten Gesandten Mühe haben, dies für den letzten Entschluß des Bundesrathes zu halten und der Ansicht sind, daß eine einfache Mißachtung der Interessen der Schweiz von Seiten Frankreichs die Folge dieser Weigerung sein würde. Ueber die Ausführung des von London her angezeigten Auskunftsmittels, das unter Bewilligung und Ausnahme der Mächte, einen direkten Vergleich zwischen Frankreich und der Schweiz verspricht, verlautet noch nichts Bestimmtes. Nach diesem Plane wäre die der Schweiz zu gebende Garantie rein formell, da die Mächte in ihrem Protokoll letztere einfach vorbehalten, ohne sich irgendwie in die Ausführung, d. h. gerade in die nähere Feststellung der Garantie, zu mischen. Die Schweiz würde dann im Grunde genommen die Bedingungen Frankreichs anzunehmen haben, und wenn diese, wie kaum anders möglich ist, unvorteilhaft ausfallen, so haben die Mächte das bequemste Mittel, ihren Mangel an Einverständnis zu verdecken, indem sie sagen: „wenn das Uebereinkommen der Schweiz recht war, so ist es uns ebenfalls recht“. Der eigentliche Zweck der Schweiz aber, der darin besteht, die Bedingungen ihrer Neutralität zu erhalten, wäre damit verfehlt und kein Attenstück wird den Schaden heilen und den Widerspruch ausgleichen können, der aus der Veränderung dieser Bedingungen und der nichtdeutlicher fortbauenden Neutralitätsverpflichtung der Schweiz entsteht. Die Reklamation des Dr. Kern gegen den Inhalt der Thouvenel'schen Depesche vom 15. März, in welcher hervorgehoben wird, daß der Gesandte der Eidgenossenschaft einen geheimen Theilungsvertrag Savoyens vorgeschlagen habe, erinnert an die einstimmig wiederergebene Unterhaltung des Freiherrn v. Schleinitz mit dem Prinzen von La Tour d'Auvergne. Bei der Behandlung zarter diplomatischer Angelegenheiten ist eine solche Verchiebung der Ideen und Ausdrücke im Grunde sehr natürlich. Alle Welt weiß und die Schweiz hat nie einen Fehl daraus gemacht, daß sie die neutralen Distrikte für sich in Anspruch nimmt. Der Vorwurf: sie habe Savoyen zu theilen vorgeschlagen, ist also dem Sinne nach richtig, aber in dem Ausdruck „geheimer Theilungsvertrag“ liegt ein Odium, das an machiavellistische Politik glauben läßt und gerade in Chablais und Faucigny die erwünschten Werbungen für Frankreich gemacht hat. (Dr. 3.)

— [Expedition nach Tombuktu.] Im „Messager du Midi“ liest man: Der General Martimpres und Herr Levert, Präsekt von Algier, organisiren in diesem Augenblicke eine große Karavane, welche wo möglich von Algier nach Tombuktu gehen soll. Der Staat wird eine bedeutende Summe beisteuern; energische Leute sollen an die Spitze der Expedition gestellt und mit Empfehlungsbriefen für alle Häuptlinge der Saharastämme versehen werden. General Martimpres und Herr Levert, mit einem Gefolge von mehreren arabischen Gums und einer kleinen Kolonne, aus Infanterie und Kavallerie bestehend, werden die Karavane fast bis an die äußersten Grenzen der französischen Besitzungen begleiten und die Städte Laghuat und Tuggurt besuchen. Das Stinerarium der Karavane ist folgendes: Garghala, Radrama, Agghaly, Nal-len, Ber-Mohjagen, Gassy-Tuaber, Gassy-Mussy, Rabruch und Tombuktu.

— [Tagesbericht.] Ein von Ernest Dreolle unterzeichneter Artikel des „Constitutionnel“ setzt heute auseinander, daß Nizza durch den Anschluß an Frankreich nur gewinnen kann, materiell 12 Millionen an Ersparnissen jeder Art, Steuer- und Zollermäßigungen u. u. und moralisch noch weit mehr; denn „es wird künftig unter einererprobten Verwaltung, unter schützenden Gesetzen, kurz, unter einer Regierung stehen, die alle Interessen zu vertreten weiß und für alle geistigen wie leiblichen Bedürfnisse einsichtsvoll und väterlich sorgt, welche letztere Aussicht ja gerade das Volk vorzugsweise bestimmt hat, bei der allgemeinen Abstimmung für Frankreich zu votiren.“ Dasselbe gilt auch von Savoyen. Armer Victor Emanuel, welcher ein Pauperitätszeugniß giebt seiner Regierung dieser Ernest Dreolle! Vraiment, c'est drôle! — Einer der Veteranen der Pariser Presse, Hr. Lamarche vom „Siecle“, ist gestern, 71 Jahr alt, gestorben. — Eine Engländerin, welche sich im Jahre 1831 an einen Holländer verheirathet und von demselben im Jahre 1838 durch das Gericht im Haag geschieden worden, wollte im vorigen Jahre hier mit einem Franzosen eine neue Ehe schließen. Der Civilstandsbeamte fand Alles in Ordnung, nicht so der kaiserliche Prokurator beim Seine-Tribunal, welcher erklärte, daß die Ehe einer geschiedenen Ausländerin mit einem Franzosen nach französischen Gesetzen unzulässig sei. Das Seine-Tribunal selbst und in zweiter Instanz der Gerichtshof von Paris waren derselben Ansicht, nicht aber der Kassationshof, welcher die Sache vor den Gerichtshof von Orleans verwies, der denn auch erkannt hat, daß der Ehe nichts im Wege stehe. — Man hört wieder viel von der orientalischen Frage in diplomatischen Kreisen sprechen und sieht Bemühungen verschiedener Mächte auf diesem Gebiete entgegen. — Herr E. About wird in einigen Tagen seine Schrift über die neue Karte von Europa veröffentlicht, welche in humoristischer Weise Dinge sagen wird, die in erster Fassung verfrüht wären. — Herr A. Guerout in der „Opinion Nationale“ läßt sich durch das glückliche Ergebnis der Abstimmung in Savoyen und Nizza zu dem Vorschlage bestimmen, man möge das allgemeine Stimmrecht an die Stelle des Krieges treten und alle derartig nothwendigen Veränderungen durch diese menschliche und schmerzlose Operation vornehmen lassen! (Aber doch bloß à la française? d. Red.) — Herr Delamarre, Direktor der „Patrie“, soll zur Belohnung für seine Thätigkeit in der Annexion-Angelegenheit zum Senator ernannt werden. — Die Mitglieder des Konsularkorps von Messina haben sehr energische Depeschen an

ihre Regierungen geschrieben, worin sie diese auffordern, auf Entlassung von General Ruffo bei der neapolitanischen Regierung zu dringen. Der König von Neapel hat zur Vermeidung von weiteren Komplikationen verschiedene in Sicilien verhaftete Ausländer wieder freigegeben. — Der Kaiser und die Kaiserin haben Herrn Mon, dem spanischen Gesandten, ihr Mißfallen über die vorgenommenen Hinrichtungen ausgesprochen. — Obgleich der Nachricht widersprochen worden ist, so ist es nun doch gewiß, daß Fräul. Mirès den Fürsten Alphons v. Polignac heirathet. Dieser ist der älteste der Söhne, welche der ehemalige Minister Karls X. mit seiner zweiten Frau hatte. Der Fürst ist 33 Jahre alt. — Herr Louis Fould hat sein prachtvolles Hotel, das der Architekt Labrouste in der Rue de Berry für ihn gebaut, für 2 Millionen an Herrn Casa Ricca verkauft. Dieser Herr hat als Müller knecht begonnen, war später Maulthiertreiber, dann Viezerant und hierauf Kompanion von Ferdinand VII. von Spanien bei Ausbeutung des Tabak-Monopols. — Die Frau des Hrn. Lamoricière hat sich in der Gesellschaft des Grafen Karl v. Merode (des Chefs der Familie), nach Rom begeben, wo sie viele Mitglieder der aristokratischen Gesellschaft von Paris vorfinden wird; u. A. die Herren v. Bonbon-Chalus, de Goutant, Biron, de Bonnavay, de Vimodan, de Chevassui, de la Bernadiere und de Cosette, die alle unter dem ehemaligen General der Republik dienen wollen. — Die Heirath des jungen Herzogs von Isly mit der Tochter des bekannten Börsepekulanten Calley Saint Paul fand gestern statt. Verschiedene Marschälle von Frankreich waren Zeugen des jungen Ehepaares. — Das Fest im Hotel d'Alba ist sehr glänzend ausgefallen. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten demselben bei. Die Fürstin Metternich, die in dem Tanze der Elemente figurirte, repräsentirte die Luft; Gaze und Diamanten bildeten ihr Kostüm. — Sicherem Vernehmen nach wird die neue große Oper auf dem Boulevard de Madeleine erbaut werden. Fünf Häuser werden dem neuen Plane zufolge niedergeissen werden.

— [Die „Presse“ über Deutschland.] Hr. Messier veröffentlicht in der „Presse“ einen zweiten Artikel über Deutschland, welcher von der kurhessischen Frage handelt. Der Artikel endet mit folgenden Worten: „Der Schluß der Erklärung des Ministers v. Schleinitz scheint vielen Eventualitäten die Thür zu öffnen. Indessen ist klar, daß Preußen auf dem Wege ist, ohne jedes Risiko die schönste Partie zu spielen. Ohne etwas zu wagen oder einzusetzen, braucht es nur zu beharren bei dem, was es jetzt sagt, bei der Haltung, welche es anzunehmen gewohnt hat, um die mächtigsten und thätigsten Sympathien um sich zu schaaren und alle Zielungen der Regierungen in Deutschland zu ändern. Die liberalen Tendenzen sind dort sehr stark und sehr gesund. Sobald sie sich von Preußen unterstützt fühlen werden, ist es nicht zweifelhaft, daß sie leicht und auf geistlichem Wege gegen den bösen Willen der widerstrebenden Regierungen durchdringen.“

Schweiz.

Bern, 24. April. [Manifestationen.] In Bern hat eine Versammlung aus Neapel verabschiedeter Unteroffiziere und Soldaten stattgefunden, welche von circa 200 Mann besucht wurde und einstimmig die Bildung eines Freibataillons beschloß, zu welchem Zweck ein Komité aufgestellt wurde, das sich mit Vermählungen in andern Kantonen und mit den Bundesbehörden in Verbindung setzen und f. z. eine zweite Versammlung einberufen soll. — In Thun sind bei 2500 Männer aus dem dortigen Amtsbezirk zusammengekommen. Nationalrath Engemann eröffnete die Versammlung mit einer gediegenen Erörterung der Tagesfrage und dem Antrag, zu Händen des Bundesrathes die Erklärung abzugeben: „Die Einverleibung Nord-Savoyens in Frankreich verleihe die Rechte und Interessen der Schweiz dermaßen, daß ihre Unabhängigkeit und Nationalität in hohem Grade gefährdet erscheine, und es seien zur Abwendung dieser Gefahren die größten und schwersten Opfer zu bringen.“ Dieser Antrag wurde mit dem Zusatz des Gerichtspräsidenten Häufelmann, „dem Bundesrath den Wunsch nach einer Proklamation an das Volk auszusprechen“, mit Einmuth zum Beschluß erhoben. — Auf eine von Murten mitgetheilte Aufforderung hatten sich in der Kirche von Kerzetz bei 1500 Mann eingefunden, von denen einstimmig eine Adresse an den Bundesrath beschloß wurde, um demselben den Dank für seine bisherige Haltung und für den Fall einer erneuten Wendung die Bereitwilligkeit zu jedem Opfer auszusprechen. — Auch die Walliser Distrikte haben in Sitten eine Zustimmungsadresse an den Bundesrath unterzeichnet.

— [Gefügigkeit der Baseler Regierung gegen Frankreich.] Aus Basel bringt der dortige „Volksfreund“ folgende Nachricht: Vor einiger Zeit machte dort der Vorfall bedeutendes Aufsehen, daß ein französischer Dragoner von der Belagung von Hüningen, Casale, in betrunkenem Zustande in ein auf baulichem Gebiete liegendes Gehöfte einbrach, arge Erzesse verübte, ein Kind mit seinem Säbel verwundete, den Haushund niederhieb und von der Gendarmarie nur mittelst Anwendung der Waffen gewalt verhaftet werden konnte. Der Thäter wurde damals von den baslerischen Gerichtsbehörden zu viermonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt. Frankreich verlangte hierauf in einer von Entstellungen wimmelnden Note vom Bundesrath die sofortige Freilassung des Verurtheilten. Diese Note wurde der Regierung von Baselstadt zur Berichterstattung überwiesen, was eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts von Seite der letzteren zur Folge hatte. Da kam Frankreich mit einer Note, worin die Schuld des französischen Dragoners anerkannt, aber die Auslieferung nochmals verlangt wurde unter dem Vorprechen, der Schuldige werde von französischen Behörden bestraft werden. Und auf dieses Vorprechen hin hat die Regierung von Basel den Schuldigen, der von seiner Haft fast noch die Hälfte abzustitzen hatte, ausgeliefert. Letzten Sonnabend, den 14. d., wurde derselbe vom franz. Konful in aller Stille in Empfang genommen und in einer Drohsche weggeführt, ohne daß der Bundesrath von diesem Akte, sonderbarer Gefügigkeit der Regierung von Basel gegen die französische Regierung Kenntniß erhalten hätte.

Italien.

Turin, 23. April. [Unthätigkeit der Minister; Sammlungen; der Aufstand in Sicilien.] Es ist ein eigenthümliches Verhängniß um die sardinischen Kriegsministerien; es scheint, daß auch die besten Kräfte, in diese Regionen gelangend, sich als ungenügend erweisen. So wird auch jetzt unter Fanti's Leitung der Pops in der Administration mit der gleichen Liebe thätig, wie früher unter Lamarmora. Man ist thätig, aber nicht

auf intelligente Weise. So ist die Konfiskation in Florenz noch immer nicht durchgeführt und die Arme natürlich noch nicht auf dem Fuße, auf dem sie in Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der gefährlichen Verhältnisse des neuen italienischen Königreichs sein mußte. Cavour und Farini sind die einzigen, die es wissen, was zu thun ist. Die Anderen verlassen sich auf das: Kommt Zeit, kommt Rath, und dabei wird eben die beste Zeit verpaßt. Man sieht daher der Rückkehr Cavour's mit um so größerer Ungeduld entgegen. (Derfelbe traf am 23. April, Abends, wieder in Turin ein.) Es sind augenblicklich zwei Nationalsubskriptionen im Zuge hier. Die eine, um die Geldbuße für den Campanile zu decken, der bekanntlich wegen Beleidigung des Kaisers Napoleon verurtheilt worden ist, die andere wird zu Gunsten Siciliens veranstaltet, was der ministeriellen „Opinione“ einige tadelnde Bemerkungen einflößt. La Farina, der Präsident des Komite's für Sicilien, hat sich nach Genua zu Garibaldi begeben, um sich mit diesem in Einvernehmen zu setzen. Man glaubt noch immer, der italienische General werde trotz Cavour's Abmahnungen, bei erster Gelegenheit nach Sicilien abfahren. Die neuesten Nachrichten aus Trapani gehen bis zum 18. April. Sie wurden durch ein kleines Segelschiff nach Livorno gebracht, das gestern (Sonntag) daselbst angekommen ist. Sie bestätigen den Erfolg der Revolution in dieser Stadt. Am Tage, wo das erwähnte Schiff die Stadt verließ, regierte die revolutionäre Junta noch und die bewaffnete Macht der Stadt war in Verbindung mit den Insurgenten auf dem flachen Lande in der Umgebung von Palermo. In Catania scheint die Revolution einen Waffenstillstand mit den königlichen Truppen abgeschlossen zu haben, und dieses geschah durch Vermittelung des Fürsten Zita. Unter den Städten wurde also Trapani allein noch Widerstand leisten. Montreaux wird allgemein als Mittelpunkt der Operationen des Aufstandes bezeichnet. Die Briefe klagen über Mangel an Waffen und Munition. Die Berichte sind einstimmig darüber, daß die Insurgenten zu wiederholten Malen Vortheile über die königlichen Truppen davon getragen haben. Die Zahl der Todten und Verwundeten scheint in der That sehr beträchtlich zu sein, doch überreißt man, wenn von 3000 gesprochen wird. Cavour hat auf die Adresse der neapolitanischen Emigranten folgendes erwiedert: „Ich empfangen mit Vergnügen diese Kundgebung der Sympathien für die nationale Sache und für unsern König. Die Eintracht der Neapolitaner und Sicilianer ist die Fortsetzung eines Systems, welches die Bewunderung der zivilisirten Völker verdient hat und die uns die Erfüllung unserer ruhmreichen Geschichte ermöglicht.“ (R. 3.)

Turin, 25. April. [Der Aufstand in Sicilien.] Nach Berichten aus Neapel vom 21. April dauert der Aufstand in Sicilien fort. Die Insurgenten kämpfen in Guerrillabanden. Der Kommandant von Palermo, General Salzano, verlangt Verstärkungen. 13 Gefangene sollen in Palermo erschossen sein. (S. das Tel.)

Rom, 17. April. [Veränderte Situation; Lamoriciere; die Exkommunikation; preussische Bildhauer.] Es ist nicht wohl allein dem Auftreten Lamoriciere's und den Anmelungen französischer Legationisten für den päpstlichen Militärdienst, sondern einer beginnenden, gleichviel ob nur auf Augenblicke oder ob länger dauernden Aenderung der Stimmung der Tuileen der italienischen Bewegung gegenüber zuzuschreiben, wenn die piemontesische Partei hier in eben dem Maße leinlaut, ja fast stumm geworden ist, als die Regierung fester gegen sie auftritt. Ich will keine Zahl Verhafteter angeben, da sie übertrieben scheinen könnte; sie ist indessen sehr groß. Doch mehr. Vorgefunden wurde dem Fürsten Gabrielli, bekanntlich Vetter Napoleons, von Hippolyto Ruspoli und dem Baron Savotti angedeutet, sie thäten besser, wenn sie zu emigrieren, ohne die Zulassung des Papstes abzuwarten. Wenn solche Sprache gegen Männer der ersten Familien geführt wird, so sagt das wohl alles Uebrige mit. Lamoriciere aber macht dem Papst glauben, es sei, natürlich unter seinem Oberbefehl, gar nicht so schwer, mit einer Militärmacht von 20,000 Mann künftig den Kirchenstaat gegen seine inneren Feinde in vollkommener Ruhe und Ordnung zu erhalten, ohne daß man, wie bisher, irgend eine auswärtige Macht um Mitthilfe anzufragen brauche. Wiewohl nur ein Alles leicht nehmender und mit den hiesigen Verhältnissen unbekannter Franzose so urtheilen kann, so gilt der Geistlichkeit doch die Niederwerfung Perugia's für eine Bestätigung seiner Versicherung und man läßt ihn schalten und walten. So werden wir gelegentlich ein kriegerisches Papstthum wie im Mittelalter bekommen, das die Mission des Friedens im eigenen Lande ausgiebt. — Die Exkommunikation macht, wie einem jungen Diplomaten aus Turin geschrieben wird, so gut wie gar keinen Eindruck. Die Exkommunikirten gehen nach wie vor in die Messe; der niedere Klerus ist ganz für die Regierung, und um die Proteste der Prälaten und Bischöfe bekümmert sie sich nicht. Ganz so auch in der Romagna. — Die hier lebenden preussischen Bildhauer, namentlich E. Wolf, W. Matthiae und J. Troschel, erhielten aus Berlin die Einladung, für das Denkmal König Friedrich Wilhelms III. durch Anlegung von Skizzen mit zu konkurriren. (R. 3.)

Neapel, 26. April. [Niederlage der Insurgenten.] Die verfolgten und vor den Truppen sich stets zurückziehenden sicilianischen Insurgenten hatten sich in der nordwestlich von Palermo gelegenen Hafenstadt Garini vereinigt; sie wurden von den königlichen Truppen umringt und vollständig vernichtet. Die Ueberreste haben sich unterworfen. In Sicilien und im ganzen Königreiche herrscht Ordnung und Ruhe. (S. oben das Turiner Tel.)

[Die Vorgänge in Messina; Protest der Konfiskation.] Die Vorgänge in Messina sind arg. Am 10. April um 9 Uhr Abends, als die Stadt still wie ein Kirchhof war, hörte man im Centralgefängnisse, das unter dem Fort Matagrifone, welches die Stadt beherrscht, liegt, einige Klirrhänge fallen; man glaubte, einige Gefangene hätten sich freimachen wollen. Bald aber wurde auf allen Posten und Vorposten geschossen, und die im Stadthause aufgestellten Truppen gaben sogar mehrere Pelotonfalsen; jetzt begeben sich die Truppen nach dem Fort Don Blasco, Kanonenkugeln in die Campagna zu schießen; Kanonen rasselten durch die Straßen u. s. w. u. s. w. Das Gewehr- und Kanonenfeuer dauerte die ganze Nacht. Am Morgen des 11. April machte der Festungskommandant bekannt, die Truppen seien gestern Abends einzeln und gegen Morgen allgemain angegriffen worden; wenn dies wieder vorkomme, werde er die Stadt bombardiren. Nun wurde aber erwiesen, daß in der Nacht vom 10. auf den 11. kein Insurgent zu sehen war, daß die Häuser, aus denen geschossen worden sein sollte, seit mehreren Ta-

gen von ihren Bewohnern verlassen und geschlossen waren, und daß die Mönche des Klosters von Porto Salvo, die als die Hauptattentäter bezeichnet wurden, bei Beginn des Feuers zitternd in den Klosterkeller geflohen waren und an nichts weniger als an Angriffe auf die Citadelle gedacht hatten. Hierauf versammelten sich die fremden Konsuln beim französischen, Herrn Boulard, und es kam folgender Protest des Konfularcorps zu Stande:

Messina, 12. April 1860. Herr General, Wiederum wurden in vergangener Nacht in der Stadt Messina schwere Exzeße verübt und zwar im Widerspruch mit den Hoffnungen, die uns die von Ihnen uns ertheilten Zusagen zu Gunsten der Wiederherstellung des Friedens und Vertrauens gegeben hatten, damit die Bevölkerung, die fast sämmtlich einflohen ist, wieder in die Stadt zurückkehre. Wehrlose Personen und selbst Greise sind ohne alle Veranlassung erfolgten Angriffe zum Opfer gefallen. Fremde Unterthanen, englische und andere, wurden Gegenstand von Mißhandlungen und sie mußten für ihr Leben zittern. Die Bevölkerung von Messina, die wehrlos ist und bis zu diesem Augenblicke noch keine That der Rebellion sich hat zu Schulden kommen lassen, ist sammt und sonders in ihrem Rechte, wenn sie verlangt, daß ihre Ruhe nicht gestört und ihre Weiber, Kinder und ihr Eigenthum geschädigt werde. Dennoch ist der Terrorismus ärger als je, und wir fühlen uns bewogen, um unsere Landsleute zu beruhigen, hier vorzutreten die Zusagen, die Sie uns ertheilt, zu wiederholen. Sie haben uns auf Ihr Ehrenwort, woran wir nicht gezweifelt haben und auch nicht zweifeln wollen, zugesagt, daß die Citadelle und die Forts die Stadt nicht beschleichen sollten, daß in keinem Falle die Soldaten gewalttham in die Häuser eindringen sollten, daß die Ruhe der Stadt durch unerklärliches Gewehr- und Kanonenfeuer, das seit mehreren Tagen die Bevölkerung keinen Augenblick zur Ruhe kommen läßt, gestört werde; endlich, daß, wenn Angriffe auf Barrikaden erfolgen sollten, denn diese sind im Innern der Stadt unmöglich, dieselben nicht mit Peloton- und Kanonenfeuer zurückgewiesen werden sollten, sondern daß man sich der Angreifer durch andere geeignete Mittel bemächtigen werde, die Ihnen leicht zur Hand seien, da Sie über bedeutende Streikräfte zu verfügen hätten. Dies sind, Herr General, die Zusagen, die Sie uns ertheilt haben, und Sie werden uns gestatten, Sie daran hier zu erinnern, damit dieselben einen beglaubigten Charakter erlangen. Dieselben setzen uns in den Stand, Ihren Ansichten beizupflichten und zu gleicher Zeit unsere Landsleute und die gesammte Bevölkerung der Stadt zu beruhigen. Wir erlauben Sie, uns den Empfang dieses Aufschlusses anzuzeigen und jedem Einzelnen von uns Antwort zu ertheilen. Gestatten Sie u. s. w. An den Herrn Marschal de Camp P. Russo, Kommandirenden in der Provinz Messina.“ (Folgen die Unterschriften.)

Spanien.

Madrid, 24. April. [Die Infanten; Ortega und Elio; Verschiedenes.] Ueber das Schicksal des Grafen Montemolin und seines Bruders Don Ferdinand ist noch nichts entschieden. Die „Gipana“ versichert, daß per Telegraph Befehl ertheilt wurde, ohne vorgängige Anfrage kein Todesurtheil mehr zu vollstrecken. — Die Hinrichtung des Generals Ortega erfolgte am 18. April 3 1/2 Uhr Nachmittags zu Tortosa. Abends zuvor 7 Uhr wurde er, nachdem das gegen ihn ausgesprochene Todesurtheil von dem Generalcapitän Kataloniens, General Dulce, bestätigt worden, in die Kapelle gebracht. Daß General Elio hingerichtet werden wird, bezweifelt man. Da sein militärischer Charakter nicht gesehlich anerkannt ist, so ist er nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor einen ordentlichen Gerichtshof gestellt worden. — Nach der „Correspondencia“ ist der Friede als gesichert zu betrachten, da General Odonnell bereits verschiedene Korps einschiffte. — Nach einer Madrider Korrespondenz der „Opinion nationale“ wurden während des spanisch-morokkanischen Feldzuges in die Hospitäl von Ceuta aufgenommen 220 Offiziere, darunter 79 Cholerafranke, 68 andere Kranke und 73 Verwundete, ferner 20,698 Unteroffiziere und Soldaten, darunter 10,722 Cholerafranke, 8296 andere Kranke und nur 1680 Verwundete. — Die „Novedades“ versichern, daß sogleich nach Eröffnung der Kammern sich mit Vergrößerung der spanischen Marine beschäftigen werden.

[Ueber die karlistische Bewegung.] wird der „N. P. 3.“ aus Paris geschrieben: Die hiesige spanische Botschaft scheint von ihrer Ueberzeugung, daß England dem Aufstandsversuche nicht fremd gewesen sei, zurückzukommen, und wenn die französische Regierung den legitimistischen Blättern plötzlich etwas verbot, was sie bis dahin immer geduldet hatte, den Grafen Montemolin nämlich „Karl VI.“ zu nennen, so dürfte nicht bloß ihr Schicksalsgefühl sie dazu veranlassen haben. Thatsache ist, daß der Graf Montemolin mehrere Wochen lang in Paris, im Hotel du Rhin, Place Vendome, zugebracht und hier fortwährend seine zahlreichen Freunde empfangen hatte, eine Thatsache, welche die Federhalter der spanischen Botschaft ignoriren mußten, weil man mit aller Gewalt England verdächtigen wollte; zu diesem Zwecke wurde auch versichert, die Prinzen seien von Brüssel nach England abgereist, obgleich es erwiesen ist, daß sich der Graf Montemolin diesmal gar nicht nach England begeben hat, sondern direkt von Neapel nach Paris gekommen war. Damit fällt auch die ganze Darstellung des Pariser Korrespondenten der „Ost. Post“ zusammen, der etwas zu enthüllen meinte, indem er erzählte, daß der Prinz Don Juan von seiner Gemahlin getrennt lebt, die Unwahrheit hinzufügte, er wolle seine Gemahlin zwingen, ihm ihre Kinder zu überliefern und sich dann zu der Behauptung verstieg, der Graf Montemolin sei nur nach Brüssel geeilt, um den Skandal eines Prozeßes zu verhindern. Und solches Geschwätz macht als „interessante Aufklärungen über den Karlistenputsch“ die Runde durch deutsche Blätter. Was nun das Vorbild zu dem Aufstandsversuche in Spanien betrifft, so hatten die Vorbereitungen zu demselben schon vor länger als einem Jahre begonnen, und es ist eine Verleumdung des Grafen Montemolin, wenn behauptet wird, es sei sein Plan gewesen, während des spanischen Krieges gegen Marokko ans Werk zu geben. Das war der Vorschlag Ortega's, aber er wurde von dem Prinzen verworfen, der sich jedoch zu einem andern Mißgriffe hinreißen ließ. Es war fest beschlossene Sache, daß die Rückkehr Odonnell's nach Madrid abgewartet werde; die militärischen Nachrichten, welche die Gegenwart des Marschalls für den Aufstand haben konnte, hielt man für reichlich aufgewogen durch die politischen Schwierigkeiten, mit denen Odonnell anzukämpfen haben mußte, gegenüber dem Unwillen, den der Friedensabschluß hervorgerufen hatte. Die Berechnung mag eine verkehrte gewesen sein, aber sie war nun einmal die Basis des Projektes, und in diesem Sinne lauteten die Instruktionen, welche nach Spanien geschickt wurden. Cabrera kehrte nach London zurück, um hier den Moment abzuwarten. Sein Erstaunen war groß, als er plötzlich den Befehl erhielt, so auf der Stelle zu handeln, wie er erst viel später handeln wollte, und selbst der General Elio war bei der Nachricht von den Entschlüssen des Prinzen so gewiß, daß Alles schief gehen werde, daß er von einem seiner hiesigen Freunde mit den Worten Abschied nahm: Adieu, cette fois c'est pour toujours; nous ne nous reverrons plus, und als sein Freund ihn fragte, weshalb er weggehe, antwortete er ganz einfach: Mon roi le veut! Weshalb aber wollte es sein König? Weil unterdessen Ortega, wel-

cher Odonnell wie das Feuer fürchtete, nicht warten wollte, und durch zwei Personen, die einzigen Mitwissenden, welche der Meinung waren, man müsse vor der Rückkehr des Marschalls losbrechen, den Prinzen bestürmen ließ, nicht länger zu zögern. Ueber Brüssel eilten der Prinz und sein militärischer Begleiter nach dem südlichen Frankreich. In Spanien aber war für diesen Moment nichts vorbereitet. — Ich bilde mir nicht ein, schreibt der Korrespondent weiter, hier wichtige Aufschlüsse gegeben zu haben, aber jene Details sind zum Mindesten genau, und ich werde hoffentlich bald in der Lage sein, sie zu vervollständigen. Daß Ortega hingerichtet werden würde, ließ sich vorhersehen, und ich wundere mich auch keineswegs darüber, daß der General Marchesi in Bilbao die Verdächtigen ohne Urtheilspruch (?) erschießen läßt. Marchesi ist ein Anhänger Odonnell's, und verdankt wie dieser seine Stellung der Revolte von Bicalvaro, wo Odonnell ganz dasselbe gegen die Königin Isabella vollbrachte, was Ortega jetzt zu vollbringen versuchte. Die Kaiserin Eugenie soll sehr besorgt wegen des Schicksals zweier Verwandten sein, welche im höchsten Grade kompromittirt zu sein scheinen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. April. [Pläne im Orient.] Es werden hier seit einiger Zeit Gerüchte umhergetragen, und zwar von hochgestellten geistlichen Personen, deren Erwählung wir nicht länger zurückhalten dürfen. Der Krimkrieg hat bekanntlich Rußlands Beziehungen zu den Glaubensgenossen und stammverwandten Christen unter türkischer Herrschaft nicht nur nicht vermindert, sondern vielmehr vervielfältigt. Die hier und über ganz Rußland zerstreuten Klostergeistlichen, Nonnen, Almosenjammaler aus Montenegro, Serbien, der Bulgarei, Rumelien, den Donaufürstenthümern, welchen die h. Synode, also der Kaiser von Rußland, allen möglichen Vorshub leistet, brüderliche Spenden christlicher Liebe und Mithätigkeit für die bedrückten und verfolgten Glaubensgenossen in der Türkei zu sammeln, versäumen nicht, bei jeder Gelegenheit die Sympathien des Volkes durch Entgegen erregende Schilderungen für die Leiden der beklagenswerthen Dulder und den bittersten Haß gegen deren Dränger und Unterdrücker zu erwecken. Rußlands Hülfe, heißt es, könne sie allein von den Drangsalen ihrer Peiniger erretten, denn alle Bemühungen der europäischen Mächte, die Türken in ihrer Regierung zu einem menschlicheren Verfahren gegen die Christen zu bewegen, seien fruchtlos geblieben. Es gebe nur noch ein Mittel: die Christen von dem Joche der Türken, also von der Fremdherrschaft zu befreien. Hat nicht Napoleon das Werk der Befreiung Italiens von fremder Herrschaft glücklich angebahnt? Sollte nicht das Kreuz von der Unterdrückung durch den Halbmond zu befreien sein? So wird hier überall in Kreisen der rechtgläubigen Russen räsonnirt, und Pläne werden kombiniert, die ihrer Dringlichkeit wegen hier Erwählung finden mögen. Zur Zeit der Anwesenheit der Großfürstin Marie (Leuchtenberg) in Paris, deren Verwandtschaft mit L. Napoleon Anlaß zu Familiengesprächen gegeben haben soll, war, wie schon früher in Stuttgart angedeutet, wiederholt die Rede von Krönung neuer Throne. In der italienischen Konföderation sollte ein Thron für einen Napoleoniden, in der Türkei ein Thron für einen Leuchtenberger geschaffen werden und somit beide Kaiserreiche, das östliche und westliche, ihre Vorposten südwärts verschieben. Die Haltung und Politik von Sardinien, England und Oesterreich hätte, heißt es, die Realisirung dieser Pläne vorläufig vereitelt und Frankreich habe sich durch Savoyen und Nizza inzwischen schadlos gehalten. Aufgegeben sind diese Pläne indeß nicht. Vielmehr vermittele der Gemahl zur Linken, Graf Strogonoff, zwischen den betreffenden geistlichen Agenten der unterdrückten Christen im Orient und ihren bereits designirten künftigen christlichen Fürsten aus dem Leuchtenberg'schen Romanoff'schen Hause gewisse Beziehungen, die in Verbindung mit Vorkehrungen im Süden stehen sollen. Strogonoff war Generalgouverneur von Odessa und mußte wegen der Unpopularität, die er sich dort zugezogen hatte, wie wegen des zu auffällig betriebenen Verkehrs mit den stammverwandten Glaubensgenossen jenseits der Donau aus seinem Wirkungskreise entfernt werden. Die bisher beibehaltene Zurückhaltung des Fürsten Gortschakoff bezüglich der napoleonischen Politik in Europa, das offenkundige Einverständnis in Bezug auf Kongreß und Konferenzen, das Eingreifen Gortschakoff's durch sein Circular zu Gunsten der „Lokalisierung“ des italienischen Krieges und gegen die Partizipation Deutschlands an demselben, die Mobilisirung der vier russischen Armeekorps, das fortwährende Laviren in Bezug auf die Politik Deutschland gegenüber, wodurch die napoleonischen Pläne schließlich doch gefördert werden, alles das scheint ganz darnach angethan, das Vorhandensein von geheim geheaten Absichten bezüglich des Orients vermuthen zu lassen. (S. B. 5.)

[Parteiagitation in Rußland.] Man schreibt dem „Br. W.“ von der russischen Grenze: Die letzten Briefe aus Petersburg melden von einer großen Aufregung, die in Folge der in der letzten Zeit offen hervorgetretenen revolutionären Bestrebungen der Regierung und der zahlreichen Verhaftungen unter der dortigen Bevölkerung herrscht und die Regierung zu den umfassendsten Vorichtsmaßregeln veranlaßt hat. Rußland befindet sich unlegbar am Vorabende einer gewaltigen innern Krisis, die über Nacht zum Ausbruch kommen kann und deren Folgen sich im Voraus gar nicht berechnen lassen. Es sind drei Hauptparteien, die in offener Opposition gegen die Regierung stehen und immer größeren Einfluß auf die Massen gewinnen: Die liberale Adelpartei, die auf eine ständige Repräsentation dringt, die entschieden liberale oder konstitutionelle Partei, die von den jungen Literaten repräsentirt wird und eine konstitutionelle Verfassung nach Art der preussischen oder englischen verlangt und die nationale kleinrussische Partei, welche die Befreiung Kleinrußlands von Großrußland erstrebt. Die Panславisten oder, wie sie sich lieber nennen, Slavianophilen haben ihr Banner einstweilen eingezogen und sich an die eine der beiden ersten Parteien angeschlossen. Auf Seiten der Regierung steht die Rücktrittspartei, die von den Anhängern des alten Systems repräsentirt wird und allen Forderungen der liberalen Parteien den hartnäckigsten Widerstand entgegenstellt. Man hofft noch immer, daß der Kaiser im rechten Augenblick durch billige Konzessionen die Parteien befriedigen und Rußland vor einer gewaltigen Krisis bewahren wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. April. [Schleswigsche Zustände; das Programm der Nationalpartei; belohnter Fanatismus.] Was muß

geschehen in Schleswig? so lautet die Ueberschrift eines fünf Spalten langen Zeitartikels in „Fædrelandet“. Alles, was bisher gethan worden ist, um Schleswig zu unterdrücken, oder, wie man es hier nennt, „zum Gehorsam zu bringen“, ist nach „Fædrelandet“ nicht genug, lange nicht genug; es muß mehr, viel mehr geschehen, denn, versichert „Fædrelandet“ mit gepulter Schrift: „der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar“. Schleswig, heißt es weiter, würde unabweisbar schon jetzt zum Aufstande greifen, wenn nicht die Gegenwart der dänischen Soldaten jeden Versuch im Voraus als hoffnungslos erscheinen ließe; das Feuer glimmt unter der Asche, bereit, bei der ersten Gelegenheit in belle Flammen auszufahren. „Man täusche sich nicht länger mit der Hoffnung, daß es nur einzelne Schreier und Unzufriedene seien, die man leicht im Zaume halten könne; es ist auch nicht die Sprachsache allein, die das Volk erbittert; nein, die Sache hat einen viel tieferen Grund. Man ist in Schleswig nachgerade dahin gekommen, alles Dänische zu hassen, man haßt die dänische Regierung, die dänische Sprache, dänische Bildung, dänisches Geld, dänisches Maas und Gewicht und dänische (!) Religion. Ein solcher Haß gegen alles Dänische hat sich der Masse der Südschleswiger bemächtigt.“ So weit die Einleitung, über welche ich mir zunächst einige Bemerkungen erlauben will. Es liegt unzulänglich sehr viel Wahres in der obigen Schilderung „Fædrelandet's“, aber statt sich zu sagen: eine Regierung, eine Nation, die bei allen Ständen, vom Kitter bis zum Bauern, einen solchen Haß gepflanzt und großgezogen hat, muß ich schweres Unrecht auf sich geladen haben, ein Weg, der zu solchen Zielen geführt hat, muß schleunigst verlassen werden, schämt sich das leitende Organ der dänischen Nationalen nicht, die Regierung vielmehr zu einer selbst vor dem Augenblicke nicht zurückstehenden Steigerung des bisherigen Unterdrückungssystems und zu Maasregeln der abgesehenen Willkür aufzufordern. Zunächst, meint „Fædrelandet“, müsse den Schleswigern jede Hoffnung benommen werden, daß ihnen von Deutschland Rettung kommen könne; gegenwärtig getroste man sich, daß der deutsche Bund zu einer Erection in Holstein schreiten werde, und eine Erection in Holstein, das begreift „Fædrelandet“ vollkommen, würde, ohne daß auch nur ein deutscher Soldat die Elbe zu überschreiten brauchte, auch in Schleswig das jetzige Regierungssystem zum Falle bringen, darum muß man dieser Hoffnung durch ein Bündniß mit Frankreich und Schweden ein Ende zu machen suchen. Aber, heißt es weiter, wenn das vorläufig auch unmöglich sein sollte, kann man uns nicht wenigstens „Ruhe und Ordnung“ in Holstein verschaffen? Es fränt „Fædrelandet“ nämlich, daß die Krieger Professoren noch in Petitionen sich an die schleswigsche Ständeversammlung wenden, daß holsteinische Advokaten noch in Berlin Reden halten, und daß die holsteinischen Blätter noch ab und zu einige Astenstücke mittheilen dürfen: das alles ist „Wühler und Aufruhr“, und „dem muß ein Ende gemacht werden“. Auch die holsteinischen Geschäftsreisenden, die Probenreiter, Viehhändler, Produktenkäufer, Fabrikanten und Handelsleute, die fortwährend das Land durchstreifen, sind gefährliche Agitatoren, denn sie bringen täglich den leidenden Schleswigern aufmunternde Grüße von ihren Brüdern nördlich und südlich der Elbe; auch dem muß ein Ende gemacht werden. „Sind wir denn“, ruft „Fædrelandet“ pathetisch, „zu schwach, um uns Gehorsam in Holstein zu schaffen?“ Was dann „Fædrelandet“ weiter fordert, ist nichts weniger als die Vernichtung auch des letzten Restes von Geselligkeit in Schleswig. Zunächst müsse man mit der Ständeversammlung aufräumen und entweder gar keine Ständeversammlung mehr berufen, oder bei den bevorstehenden Wahlen zum mindesten Alle, die irgend gegen Maasregeln der Regierung Einspruch zu erheben wagen, selbst den loyalen Probst Ogen nicht ausgenommen, und namentlich alle Mitglieder der Mitternacht und die deutschen Gutbesitzer, von den Wahllisten streichen, die oppositionellen Mitglieder der letzten Ständeversammlung aus allen Kommunalämtern entfernen, die Ständeversammlung, die bekanntlich nur alle 3 Jahre zusammentritt, nicht länger als höchstens 1—2 Wochen tagen lassen, die Beamten zur äußersten Strenge treiben, diejenigen, die Bedenken hegen sollten, entfernen etc. Das ist das saubere Programm, das von dem leitenden „liberal-konstitutionellen“ Organe Dänemarks aufgestellt wird. Bis zu welchem Grade übrigens bereits der allgemeine Fanatismus, mit Hinsicht auf Schleswig, in Dänemark gediehen ist, mag u. A. daraus erhellen, daß man selbst den Namen „Schleswig“ nicht länger fortbestehen lassen zu dürfen meint. Ein Organ, das übrigens sonst zu den gemäßigtesten gehört, proponirt, daß der König auf diplomatischem Wege eine europäische Sanction für die Abschaffung dieses Namens zu erlangen suchen möge; das Land soll künftighin „Herzogthum Sütdän“ genannt werden. Den Titel „Herzogthum“ glaubt man um deshalb beibehalten zu müssen, damit nicht, wie bei dem bisher von eiderdänischer Seite aufgetragenen Namen „Sütdän“, die faktische Incorporation in das Königreich allzu augenfällig hervortrete. Nur die Bauern, und zwar gerade am Meisten die jütlandschen, scheinen sich von der allgemeinen Verblendung frei halten zu wollen. Daß fast sämtliche Bauern, die im Folkething sitzen, der bekannten Reichstagsadresse an die Minorität der schleswigschen Ständeversammlung ihre Unterchrift verweigert haben, ist bereits gemeldet worden; über die Debatten, welche bezüglich dieser Adresse in einer Privatversammlung der Reichstagsmitglieder stattgefunden haben, ist bisher fast nichts an die Öffentlichkeit gedrungen; nur über die Aussendung eines bauerlichen Abgeordneten, des Folkethingmannes Sylvester Jørgensen, bringt ein von einem Reichstagsmann herausgegebenes Organ eine vernünftige öffentliche Mittheilung. „Ich betrachte“, sagt der genannte Abgeordnete, „die uns vorgelegte Adresse, so unschuldig dieselbe auch aussieht, als eine Kriegserklärung, eine Erklärung zu einem Kriege, der möglicherweise mit Bayonetten ausgefochten werden soll, und wenn es hierzu kommt, dann werden es nicht mehr die Männer, die den Streit zu Wege gebracht und genährt haben, die Professoren, sein, die den Druck des Krieges am stärksten zu fühlen haben werden, sondern es wird das die Leute treffen, die kein sonderliches Interesse daran haben, ob man in Schleswig deutsch oder dänisch spricht, wenn nur Ruhe und Zufriedenheit im Lande herrschen.“ Daß übrigens auch die Regierungen für Außerung des rohesten Fanatismus in Schleswig besondere Belohnungen in Bereitschaft hat, davon haben wir so eben wieder einen eklatanten Beweis erhalten. Man wird sich jenes bestialischen Angriffs erinnern, den der dänische Lieutenant Sattrup bei dem Diner, das der königliche Kommissar am Großhause der schleswigschen Ständeversammlung zu Ehren der Abgeordneten gab, sich gegen Thomsen-Ødensworth erlaubte; Sattrup's Genosse bei dieser Scene war der Flensburger Stadtbaumeister Wilschup; derselbe, ein in seinem Fache so unfähiger Mensch, daß von Seiten der Stadt Flensburg bereits mehrfach Schritte geschehen sind, um seine Entfernung aus dem Amte zu erwirken, ist jetzt von der Regierung glänzend belohnt worden. Wie die „Berlingske Tidende“ mittheilt, ist Wilschup nämlich zum königl. Bauinspektor für ganz Sütdän und Schleswig ernannt worden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 21. April. [Aufregung; Denkschrift.] In der heutigen Sitzung des Stortings sollte die Adresse an den König zur Verhandlung gelangen; man erwartet einen heißen Kampf zwischen der Majorität und der Minorität der Kommission in Bezug auf das beantragte Mißtrauensvotum gegen die norwegische Staatsraths-Abtheilung in Stockholm. Allein die Sitzung mußte, noch ehe die Adresse auf die Tagesordnung gelangte, vertagt werden. Eine fast beispiellose Aufregung hatte sich der Abgeordneten, in Folge soeben aus Stockholm eingegangener Nachrichten, im Laufe der Sitzung bemächtigt; es heißt, die norwegische Staatsraths-Abtheilung habe bereits, nicht in Folge des beantragten Mißtrauensvotums, sondern vielmehr, weil ihre Stellung dem Könige gegenüber, der sich nachgerade fast gänzlich in den Willen seiner schwedischen Minister ergeben zu haben scheint, durchaus unhaltbar geworden, ihre Entlassung gefordert. Der König, so will man fern aus zuverlässiger Quelle wissen, habe seinen schwedischen Ministern, ohne irgend dagegen Widerspruch zu erheben, gestattet, in das Staatsraths-Protokoll ausdrücklich das Vorkommen aufzunehmen, daß die Statthalterfrage eine „unionelle“ Angelegenheit sei und nur aus dem Grunde nicht in einem gemeinsamen schwedisch-norwegischen Staatsrathe verhandelt zu werden brauche, weil der König bereits unterm 4. dem desfallsigen Beschlusse des Stortings seine Sanction verweigert habe. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so wird die Aufregung gegen den König, gegen den man in diesem Falle die Anklage erheben wird, daß er seine Pflichten als König von Norwegen verleugnet habe, voraussichtlich zu einer sehr bedenklichen Krisis führen. Denn darin sind alle Parteien einig, daß Norwegen gegenwärtig kein Titelfürst von seinem Rechte ver-

geben darf, sondern vielmehr den schwedischen Uebergriffen mit unbedingter Entschlossenheit begegnen muß. In dem Adressentwurf ist auch ausdrücklich gesagt, Norwegen halte sich von seinem Könige versichert, daß er jeden Versuch Schwedens zu einer Einmischung in die Verhandlungen über die norwegische Verfassung mit Entschiedenheit zurückweisen werde. Hat der König dieses Vertrauen getäuscht, so wird Norwegen ihm eine sehr ernste Miene zeigen. Was Schweden betrifft, so ist es jetzt so weit gekommen, daß hier zu Lande Niemand mehr die Hoffnung nährt, es werde auch nur nach Jahren eine versöhnlichere Stimmung Platz greifen können. Selbst ältere Personen versichern, in Norwegen zum mindesten seit dreißig Jahren keine so große und so allgemeine Aufregung erlebt zu haben, wie gegenwärtig. — Staatsrath Stang, Professor Schweigaard und Amtmann Hall haben eine ausführliche Denkschrift über die Rechtsstellung Norwegens in der Union ausgearbeitet; dieselbe wird dem Könige zugleich mit der Adresse überreicht werden. Prof. Schweigaard ist der Wortführer der Minorität der Adresskommission, welche keinen Grund zu einem Mißtrauensvotum gegen die norwegischen Staatsräthe erblickt, während die Majorität, welche energisch auf dem Mißtrauensvotum besteht, aus dem mehr vorgeschrittenen Elementen des Stortings zusammengesetzt ist und den Advokaten Sverdrup, den Verfasser des Adressentwurfs, zum Führer hat. Die Beratungen der Adresskommission haben mehrere Male 8 und 9 Stunden hintereinander gedauert. (Pr. 3.)

Türkei.

Konstantinopel, 18. April. [Marceller Depeschen.] Der Herzog von Brabant hat dem diplomatischen Korps ein Fest gegeben. Eine Revue der Garde und ein Flottenmanöver sollen ihm zu Ehren stattfinden. Er wird sodann Brussa besuchen und nochmals hierher kommen, um sich vom Sultan zu verabschieden. — Es läuft das Gerücht um, die Pforte habe die telegraphische Ordre nach Belgrad gegeben, den Fürsten Milosch abzusenden. — Das am griech. Charfreitag (13. April) von der griech. Volksmenge zerstörte und geplünderte Haus (s. Nr. 98) gehörte der Wittwe eines französischen Handelsmannes, Namens Dumas. Der griechische Konsul und der Erzbischof, mit dem Kreuzspeer in der Hand, haben vergebens versucht, die Volkswuth zu zügeln. Die bewaffnete Macht erschien zu spät. Madame Dumas und ihre Töchter hatten sich auf einer Leiter geflüchtet. Die französische Gesandtschaft hat eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet. — Der Sultan soll (der Marceller „Gazette du Midi“ zufolge) die Anzeige erhalten haben, daß der Vizekönig von Egypten Blutpeien bekommen habe und in Lebensgefahr sei.

Amerika.

Newyork, 5. April. [Ueber die Lage der Neger in der Stadt Newyork] theilt die „Staats-Ztg.“ die nachfolgenden Notizen mit: Nach dem letzten Zensus befanden sich unter der Bevölkerung der Stadt Newyork 10,807 Neger, von welchen vielleicht zwanzig eine Steuer entrichten. Dem letzten Jahresberichte des Rathes der Armenpflege zufolge waren unter den Armen, welche sich nicht im Armenhause befanden, sondern in ihren Wohnungen mit Geld oder Kohlen unterstützt wurden, 2974 Farbige. In den beiden ausschließlich für Farbige bestimmten Asylhäusern befanden sich 550 Insassen. Es sind während des verflossenen Jahres also im Ganzen etwa 3500 Farbige von der Stadt entweder ganz unterhalten oder unterstützt worden. Man schätzt die Zahl derjenigen Farbigen, welche eine bestimmte Beschäftigung haben, auf etwa 3500. Die Hauptmasse der Negerbevölkerung wohnt im Westbroadway und den Nebenstraßen desselben, und ist meist in halb zerfallene, schmuggig aussehende Baracken eingepfercht, deren Inneres mit der Außenwelt harmonirt. In den letzten 4 oder 5 Jahren hat man den Versuch gemacht, die Neger aus diesen Höhlen in bessere Quartiere zu bringen. Herr N. Minturn ließ in der Mottstr., nahe Kanalstr., ein großes Tenanthaus, vielleicht das größte der Stadt, bauen, in welchem bloß farbige Miether Aufnahme finden. Das Gebäude ist in jeder Beziehung besser eingerichtet, als die Mehrzahl der von weißen Arbeitern bewohnten Miethhäuser und haben in demselben 100 Familien bequem Platz. Zu den professionellen Verbrehern, welche Newyork so unsicher machen, stellen die Neger ein unverhältnißmäßig starkes Kontingent. Die Kriminalstatistik des Jahres 1858 weist nach, daß in der weißen Bevölkerung auf 24 Personen, in der farbigen dagegen schon auf 11 Personen ein Verhafteter kam. In dieser Verbindung muß jedoch zugestanden werden, daß solche Verbrechen, zu deren Verübung Energie oder Scharfsinn notwendig sind, nur selten von Negern verübt werden. Farbige Einbrecher und Fälscher sind sehr selten.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 27. April. [25. Sitzung.] Das Haus setzt die Berathung der Gesetzentwürfe über anderweitige Regulirung der Grundsteuer fort. Der Reg. Kommiss., Geh. Fin. R. Meinel: Die Regierungsvorlagen erzielen einen doppelten Zweck: Gleichmäßigkeit der Steuern und Gewinnung einer Mehreinnahme; ich kann mich aber, wenn ich es unternehme, den Intentionen der Regierung das Wort zu reden, der Ueberzeugung nicht hingeben, ich würde die Ansichten dieses hohen Hauses in irgend welcher Weise erschüttern; dazu sind die Urtheile über das uns vorliegende Objekt bereits zu sehr abgeschloffen und die Gegenläge vielleicht zu groß. Aber auch die Staatsregierung ihrerseits kann weder durch den Bericht ihrer Kommission, noch durch die Auslassungen der gestrigen Redner von ihrer wohlbegründeten Ansicht abgebracht werden; die Grundsteuer ist schlechterdings notwendig und durchaus realisierbar. Sie zu reguliren, ist nicht erst der Beruf der jetzigen Regierung, sondern das unausgelegte Mühen des Staates seit sehr langer Zeit. Nach sehr ausführlichen Darlegungen historischer Natur laßt der Redner beim Art. 101 der Verfassung an, der ausgeführt werden müsse, dabei sei nicht zu fassen, wie es sich um revolutionäre Maasregeln handeln könne. Die Staatsregierung bringt ihre Vorlagen im Zusammenhange mit Entwörfen der Ministerien Brandenburg und Manufaktur vor den Landtag und kann den gestrigen Einwand eines Redners mit Ruhe abweisen. In unserm Sinne handelte der große Kurfürst und eben so sein Nachfolger, der von „concessiones antecessoris“ nichts wissen will. Die Staatsregierung fühlt sich verpflichtet, alte Verheißungen endlich zu erfüllen; kommen Ihnen nun unsere Schritte gewaltsam vor, so tragen Sie zunächst darauf an, daß die Allerhöchsten Verheißungen der Vergangenheit annullirt werden. Die Prinzipien der Gerechtigkeit erscheinen mit Nothwendigkeit die Durchführung der Grundsteuer, selbst wenn es wahr wäre, daß die Steuer selbst schlecht ist, was nicht nachgewiesen wurde. Nun sagt man ferner, die Grundsteuer sei Vermögensentziehung; aber das ist auf jede Steuer anzuwenden und kann nicht als stichhaltiger Einwand gelten. Auch ist jedesmal, so oft die Grundsteuer angeregt wurde, gesagt: Der Grundbesitz geht seinem Ruin entgegen, und einmal hat sich irgendwo bestätigt. Endlich machen die Verhältnisse des Landes eine Erhöhung des Staatsbudgets notwendig, wozu nur auf die Grundsteuer zurückgegangen werden kann, da die übrigen schon aufgelegten Steuern zu erhöhen unzulässig ist. (Bravo.) — Nach thatfächlichen Berichtigungen des Herr v. Kleist-Regow, des Finanzministers und des Herrn v. Waldow-Reichenstein nimmt das Wort Herr v. Gaffron, um den Kommiss-

sionsbericht zu verteidigen: er könne für Annahme der Gesetze III. und IV. viel leicht stimmen, aber nur um dem Staate Geld zu schaffen; das Prinzip müsse er sicher stellen, wonach die Regulirung der Grundsteuer im Sinne der Regierung nicht gut zu heißen sei.

Herr v. Gaffron: Verwerfung der Regierungsvorlagen und Durchführung der Armeeorganisation, das will Ihre Kommission. Das ganze Land steht mit bangem Erwarten dem Schau- oder Trauerpiel zu, das sich hier zutragen wird! Meine Herren! Ich sehe auch in jeder Steuer nur ein notwendiges Uebel, aber soll man den armen Leuten das Brot vertheuern? Sonst ist die Grundsteuer in der That vorzuziehen. Der Herr Berichterstatter hat die Härten des Berichts gemäßig, Herr v. Kleist-Regow erklärt, die Maasregel sei revolutionär. Dieser Vorwurf legt uns die Pflicht auf, zu untersuchen, wo revolutionäres Element sich findet, bei uns oder in der Partei des Herrn v. Kleist. Der Zweck der Regierungsvorlage ist: Verheißungen zu erfüllen, Bankäpfe zu beseitigen und die Staatsmittel zu erhöhen. Herr v. Kleist hat mit seinem bekannten Antrag einen Hieb auf die Regierung führen wollen, der aber zu einem Hieb in die Luft geworden ist; ja es scheint, als haben ihn sogar seine Sekundanten im Stich gelassen. Die Verfassung enthält unzulänglich einen Hinweis auf Grundsteuerregulirung. Was sagt man denn gegen die Grundsteuer? Man spricht immer von ihrer Rentennatur, man nennt sie ferner unter lauter Betonung eine unerträgliche Last, während aber erst neulich zugegeben wurde, beim Fürst v. d. Willigen Antrag, der Grund und Boden nehme immer mehr und mehr Werth zu. Jeder Hohenzollernsche Fürst hat nun an der Grundsteuer dieses abgeändert, ohne irgendwie die Rentennatur des Grundbesitzes anzuerkennen. Der Provinz Sachsen legen sehr harte Verhältnisse hohe Grundsteuern, über 20 Prozent, auf und als im Jahre 1825 der Provinziallandtag um Abstellung und Entschädigung petitionirte, wurde er abschlägig beschieden. Es ist kaum zu begreifen, wie jetzt noch Entschädigungen den Grundbesitzern angeboten werden können; aber ich bin aus Billigkeitsrücksichten gar nicht dagegen; mögen sie geschehen! Man sagt mir, die vielgenannte „Rentennatur“ sei hinterpompierischer Abkunft, Herr v. Bülow-Sumnerow habe sie zuerst aufgebracht, aber sie vorzuziehen und der Regierung durch sie die Hände binden, steht wirklich ganz revolutionär aus. Man hat gar nicht Anstand genommen, die Eisenbahnen zu besteuern und es ist doch im Grunde derselbe Fall. Mit besonderem Nachdruck wird geltend gemacht, man wisse ja gar nicht aus der Regierungsvorlage, wo die Leistungen des Einzelnen hinaufgeschraubt würden, und dies geschieht von Jemanden Herrschaft, den wohl Alle kennen. (Heiterkeit.) Wie kann denn durch das Gesetz schon bekannt werden, wie viel jeder Grundbesitzer zu zahlen habe? Das wird sich schon finden, man verlange nicht Unmögliches. Ich habe die Denkschrift nicht feinerer Rücksicht auf mein Amendement, das eine bestimmte Summe, 9,600,000 Thlr., ein für allemal festsetzt; natürlich, es soll in die Rentennatur festgehalten werden und da ist denn auch jedes Amendement Ueberflus. Ich kann die Schlechtigkeit der Grundsteuer beinahe zugeben; es ist ja immer diejenige Steuer die schlechteste, die uns selbst auf den Leib geht, aber bequem ist sie und sicher einzuziehen. Die Grundsteuerbefreiung los zu werden, liegt ausgesprochen in dem politischen Interesse der Gutbesitzer; der alte weise Staatsrath Hoffmann ist ganz dieser Ansicht. Der Herr v. Kleist wendet sich gegen sämtliche Regierungsvorlagen, und die Konsequenz darin ist, anzuerkennen; andere Herren wollen Nr. I. verwerfen, andere II., III., resp. IV.; aber das geht gar nicht, denn Nr. I. enthält das Prinzip des Gesetzes und ohne die Annahme der Nr. I. ist der Sache gar nicht gedient. Dem Hausbesitzer will man etwas aufbürden, was man dem Grundbesitzer abnehmen will. Die Unbilligkeiten solcher Maasnahmen werden den Leuten sofort in die Augen springen und wir Vertreter der Städte in diesem Hause müssen uns dagegen auflehnen! Ihre Grundsteuerbefreiung sehen Sie als ein noli me tangere an und mühen Sie mehr als Gutmüthigkeit zu! Die isolirte Annahme von III. und IV. der Entwurfs bringt der Regierung kein Geld und nützt nichts. Verwerfen Sie also Nr. I., so unterstützen wir die anderen Vorlagen nicht. Denken Sie doch nur, wie sich das Haus der Abgeordneten zu Ihnen stellen soll! (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß es im Herrenhause nicht üblich ist, das andere Haus zu kritisiren.) Nun, meine Herren, so mache ich Sie noch darauf aufmerksam, daß recht viele Wünsche laut geworden sind, es möge dieser oder jener Minister zurücktreten, das würde dem Lande nicht schaden; aber wenn die Minister aus Ihrer Majorität gewählt würden, der Reich, der durch das Gesetz, würde wahrlich größer, als er jetzt schon ist. Ich schließe auch heute meine Rede mit dem Ausruf: Gott schütze das Vaterland!

Nach persönlichen und thatfächlichen Bemerkungen sehr vieler Redner, besonders der Herren Graf Zepplitz und v. Meding, nimmt v. Gaffron die längeren Einwendungen des Herrn v. Kleist-Regow und Herr v. Gaffron ab; er dann befreit die Tribüne Herr v. Senft-Pilsach, ohne das Haus auch nur im Geringsten durch seine Rede zu fesseln. Der frühere Finanzminister, Herr v. Alvensleben habe ihm gesagt, es sei am besten, die Grundsteuerverhältnisse so, wie sie gewesen sind, beizubehalten. Leider sei im Staate seit 13 Jahren eine heftige Opposition gegen die Regierung Sr. Maj. des Königs in Thätigkeit und leider stände auch das jetzige Ministerium unter ihrem Einfluß; 800,000 Thlr. würde die Grundsteuer einbringen, eine Million aber wird zur Entreibung erforderlich sein. Das ist ein Finanzmanöver, für das ich nicht einstehe will. Warum will man denn grade Grund und Boden besteuern? Ich trage darauf an, Nr. I. und II. pure abgelehnt werden. — Graf v. Bredow: Eigenhüthlichkeit hat die Grundsteuer genug; bei ihren kolossalen Prärogativen muß ich konstatiren, daß die Grundsteuer dem Staat die Schwankungen der Konjunktur nicht ausgelegt ist, sonst wird dem Grundbesitzer der Charakter der Stabilität genommen, er fällt in die Kasse der Parias. Ich bitte, halten Sie Umhang! Das Land kann nicht mehr Steuern ertragen, als auf ihm lasten! (Da der Redner auf die Berliner Wachtparade zu sprechen kommt, mit welcher Friedrich der Große gewaltige Schlachten geschlagen hat, so erinnert der Präsident daran, daß er damit doch wohl vom Gesetzentwurf abgewichen sei.) Der Finanzminister sollte sich der allergrößten Sparfamkeit befleißigen und nicht 57,000 Thlr. für ein Ministerhotel vergeben. (Der Präsident unterbricht den Redner von Neuem.) Ich werde die Gesetze ablehnen; empfehle ich noch irgend etwas von Allem, was vorgelegt ist, so ist es das Amendement Gaffron's, das alle Revolutionen ausschließt, die sonst bis ins Unglaubliche einwirken werden. — Graf v. Bredow: Der Herr v. Bredow hat zur Sprache gebracht, daß der Finanzminister 57,000 Thlr. für ein Ministerhotel ausgeworfen habe, was dazu für einen Minister ohne Portefeuille. Ich glaube, das ist Sache der Kronenminister zu bestellen, wie sie will, und wir werden dergleichen Dinge aus unseren Debatten fern halten müssen. — Nachdem Dr. Baumstark noch zu einer thatfächlichen Berichtigung gesprochen, wird die Sitzung vertagt. (Fortsetzung der Debatte Sonnabend.)

— Zu dem Grundsteuerentwurf Nr. 1 beantragt Herr Gaffron, dem §. 3 folgende veränderte Fassung zu geben: Die Grundsteuer von den ertragfähigen Grundstücken (Eigenschaften) mit Ausschluß der Gebäude, welche einer besonderen Steuer unterworfen worden, wird für alle Provinzen des Staats auf 9,600,000 Thlr. festgesetzt, und sollen zu dieser Summe alle Provinzen des Staats nach einem gleichmäßigen Prozentsatz des zu ermittelnden Reinertrags jedes Grundstücks beitragen. Die sich aus einem bestimmten Reinertrag jedes Grundstücks für jede Provinz resp. für jeden einzelnen Grundbesitzer unterliegenden Verband ergebende Beitragsquote soll auf das Kontingent behandelt werden, welche der Staatskasse gegenüber nur durch den Zugang steuerpflichtig werdender oder den Abgang steuerfrei zu stellender Grundstücke (§. 2 des Ges. v. 24. Febr. 1850, betr. die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen; §. 10 des Grundsteuergesetzes für die beiden westlichen Provinzen v. 21. Januar 1839 und §§. 8 und 9 des gegenwärtigen Gesetzes) oder im Wege der Gesetzgebung erhöht oder vermindert werden kann. Die Bestimmung des Zeitpunktes, von welchem ab die obige Grundsteuerhauptsumme in Föhung gesetzt werden soll, wird einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 27. April. [43. Plenarsitzung.] Das Haus beginnt mit der Berathung über die Petition des Grafen v. Blumenthal-Endow wegen der Zulassung der Juden zu den Kreistagen. — Abg. v. Brandenburg ist von dem Stil des Reskripts vom 16. Februar 1859 winterlich angewandt worden und freut sich, daß der jetzige Minister des Innern den Ton in diesem Reskript so billigen scheint. In den Aeußerungen des Ministers scheint aber ein Widerspruch zu herrschen; er sagt, der Art. 32 findet keine Anwendung auf die Kreistage; dasselbe kann aber auch von Art. 12 gesagt werden. Wir sind der Meinung, daß die Korporationen das Recht haben, Petitionen einzureichen. — Abg. v. Vincke (Hagen): Es ist des Hauses nicht würdig, dem Minister Vorschriften über den Stil zu machen, und über den mutmaßlichen Konzipisten des Reskripts Worte zu reisen. Was das Petitionsrecht betrifft, dem Staat ein Unterschied, ob ein Einzeler, oder eine Behörde, eine Korporation petitionirt, für welche letztere das Petitionsrecht allerdings beschränkt ist. Der Stand der Rittergutsbesitzer hat kein Anrecht auf Privilegien, und daraus, daß er die

(Fortsetzung in der Beilage.)

verlangt, schreibt sich die Ungunst her, in der er steht; er ist nicht lebensfähig, denn er hat kein Recht zu bestehen. Es giebt noch eine andere Korporation, die auch nicht zu Recht besteht und in gleicher Ungunst steht; nennen werde ich sie nicht. — Graf Schwerin: Ich trete der Aussage des Art. 12, wie der Vordrucker sie vorgelesen, vollkommen bei; aber die Zusammenfassung der Kreistage, wie sie bestanden, kann rechtlich nicht angefochten werden; sie besteht zu Recht; das ist unzweifelhaft, beweist der vorgelegte Kreisordnungsentwurf. Ich befreite die Angabe, daß die Kreistage in Ungunst bei der Regierung ständen. — Abg. v. Wittenburg protestirt gegen die Unterzeichnung des Wortspiels „widerrechtlich als Witz; ein tiefer, ernsther Grund habe ihn hierbei vorgeschrieben. Auch der Berichterstatter nimmt noch das Wort und der von der Kommission vorgelegte Uebergang zur Tagesordnung wird mit großer Majorität angenommen. — Die übrigen in diesem siebenten Berichte enthaltenen Petitionen geben zu keiner Diskussion Veranlassung.

Im achten Berichte derselben Kommission giebt die Beschwerde der Stände des Kreises Strassburg, die Erziehung des Aufenthalts von polnischen Ueberläufern betreffend, zu einer Erörterung Anlaß. Die Kommission schlägt die Ueberweisung an das Ministerium zur Berücksichtigung vor; Abg. v. Dänne ist auch für die Ueberweisung, aber aus anderen als den von der Kommission angegebenen Gründen. Die Verfassung garantiert die Freiheit, also auch dem Ausländer, der sich in Preußen aufhält; war er russischer Leibeigener, so wird er mit dem Betreten des preussischen Bodens ein freier Mann. Ist nach dem Kartellvertrage die Auslieferung auf Soldaten und Verbrecher beschränkt oder nicht? (Der Redner wird bei der wachsenden Unruhe im Hause unverständlich.) — Der Minister des Innern, Graf Schwerin, weist darauf hin, daß nach der Kartellkonvention jeder russische Ueberläufer ausgeliefert werden kann; die polizeilichen Maßregeln an der Grenze sind notwendig, aber keineswegs veratorischer Natur. Die Stempelabgaben für die Aufenthaltsarten von 15 Sgr. betreffend, sind die Ansichten der Regierung bereits in der Kommission dargelegt worden.

Abg. v. Lyskowski hält die Stempelabgabe für die Aufenthaltsarten für nachtheilig, während auf den ländlichen Grundbesitzer, die Abgabe sei beschwerlich und entferne viele Arbeiter. — Der Reg. Komm., Reg. Rath Koch bezieht die Punkte, welche in die Debatte hineingezogen worden sind, ohne mit dem Antrage der Petenten in Verbindung zu stehen. Der Art. 5, welcher die persönliche Freiheit gewährleistet, wird doch durch das Gesetz vom 10. Jan. 1848 beschränkt, denn die Polizei kann danach dem Naturalisirten die Verpflichtung auferlegen, drei Jahre an dem Orte zu wohnen, wo er seine Naturalisation erworben hat. — Abg. Strohn befreit der Regierung das Recht, Abgaben zu erheben, ohne durch das Gesetz dazu ermächtigt zu sein. Eine Aufenthaltsart ist keine Ausfertigung; dem widerspricht Abg. Kühne (Berlin). Graf Schwerin bittet, zu nochmaliger Erörterung, der Regierung die Petition zu überweisen. (Wir werden den Rest des Sitzungsberichtes in nächster Nummer bringen. D. Red.)

Die Kommission für Petitionen hat über drei Petitionen, das Herzogthum Schleswig betreffend, Bericht erstattet. Berichterstatter Abg. Schumann. Die eine der Petitionen ist von Berlin datirt und mit 43 Unterschriften versehen, die zweite von Greifswald mit 75, die dritte von Greifswald in Pommern mit 33 Unterschriften. Die Kommission beschäftigt sich zuerst mit der Berliner Petition, über welche sie in Gegenwart des Baron v. Schleinitz und des Unterstaatssekretärs v. Gruner verhandelt hat. Sie giebt und vervollständigt zuvörderst eine Skizze der Verhandlungen über die schleswigsche Frage, indem sie die Rechte Schleswigs vom Jahre 1326 an aufzählt, wie sie dem Herzogthum versprochen, aber noch nicht erfüllt sind, und welche zur Genüge durch die Presse debattirt worden sind. Die Regierung, fährt dann die Kommission fort, wird keiner Anregung Seitens der Landesvertretung bedürfen, um deutsches Recht in dieser Beziehung zu schützen, aber es wird ihr bei ihren hierauf gerichteten Bestrebungen ein Rückhalt und für mögliche Eventualitäten eine Sicherheit geben, durch einen Ausspruch der Landesvertretung der Zustimmung des Landes vergewissert zu sein. Unterliegt es keinem Zweifel, daß materiell der allergebräuchteste Rechte des Herzogthums Schleswig, aller Unterdrückungen der selben ungeachtet, fortleben, so hat auch die dänische Regierung formell der preussischen die Berechtigung gegeben, auf den durch das Patent vom 28. Januar und den Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 verdunkelten Rechtsstandpunkt zurückzugehen, das Verfassungsrecht des Herzogthums Holstein, namentlich dessen Aneignung mit dem Herzogthum Schleswig und die Personalunion beider mit dem Königreich Dänemark, indem sie die wesentlichen Bedingungen des Beschlusses vom 29. Juli unerfüllt gelassen hat. Diese Erwägungen veranlassen zu dem Antrage, die Petition der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß dieselbe aufgefordert werde, Kenntniß davon zu nehmen, ob und in wie weit die in den Verhandlungen von 1851 und 1852 mit der königl. dänischen Regierung in Betreff des Herzogthums Schleswig festgestellten Bedingungen in Ausführung gekommen und das Erforderliche zu veranlassen, daß, falls dieselben unausgeführt gelassen würden, die von der Krone Preußen mitgarantirte Erfüllung derselben endlich statfinde.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten äußerte sich hierauf dahin: Die Regierung theile im vollsten Maße die Gesinnung und die Theilnahme, welche sich in der Petition für Schleswig ausdrücke. Zur Sache selbst müsse es folgendes bemerkt werden: Das wesentliche Resultat, welches die in den Jahren 1851 und 1852 zwischen dem Bunde und dem kopenhagener Kabinett gepflogenen Verhandlungen in Betreff Schleswigs ergeben, lasse sich in drei Punkte zusammenfassen: 1) Nicht-Inkorporation Schleswigs in Dänemark; 2) vielmehr Anerkennung der selbständigen und gleichberechtigten Stellung der verschiedenen Landestheile, also auch Schleswigs innerhalb der Gesamtmonarchie; und 3) gleiche Berechtigung der deutschen und der dänischen Nationalität in Schleswig. Diese berechtigten Ansprüche seien bis jetzt noch keineswegs erfüllt. Der Zeit in Schleswig bestehende faktische Zustand näherte sich in mancher Beziehung in seinen Wirkungen einer Inkorporation, und die deutsche Nationalität werde notorisch ungünstiger behandelt, als die dänische. Der Bund habe Recht, zunächst auf die dänischer Seite gemachten Versprechungen zu dringen, und wenn er dies bis jetzt nicht gethan, sondern während der letzten Jahre sich darauf beschränkt habe, die Sache Holsteins und Lauenburgs vor sein Forum zu ziehen, so könne man über die Frage der Zweckmäßigkeit einer solchen Trennung verschiedener denken; daß aber auch Gründe von Gewicht für den bisher von dem Bunde befolgten Weg sprächen, liegt auf der Hand. Die Sache Holsteins und Lauenburgs bewege sich auf der Basis des deutschen Bundesrechts; hier gebühre dem Bunde die Entscheidung und der König-Perzog sei verpflichtet,

auf seine Ansprüche zu hören; jede Einwirkung des Auslandes aber sei ausgeschlossen. In der Sache Schleswigs dagegen sei der Bund Partei; hier habe er mit Dänemark als Macht zu verhandeln; jede Differenz auf diesem Felde nehme wesentlich einen europäischen Charakter an. Die europäischen Mächte aber wären in Betreff Schleswigs Deutschland früher sehr ungünstig gewesen. Von der Ueberzeugung geleitet, daß eine wesentliche Schwierigkeit für die günstige Regelung der Verhältnisse Schleswigs in der bisherigen Haltung der europäischen Großmächte liege, sei die jetzige preuss. Verwaltung von ihrem Beginne an bemüht gewesen, dieses Hinderniß möglichst zu beseitigen, und sie werde in diesen ihren Bestrebungen, die, wie sie Grund habe zu glauben, nicht ohne Erfolg geblieben, unausgesetzt fortfahren. Was der Bund thun zu müssen glaube, falle dessen Entscheidung anheim. Daß aber, so weit die preussische Regierung dabei mitwirken habe, dieselbe von der aufrichtigsten Theilnahme für das Wohl Schleswigs geleitet werde, bedürfe nicht erst der Versicherung. Aber gerade deshalb glaube die Regierung das Vertrauen für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß, nachdem während der letzten 1 1/2 Jahre die ganze Aufmerksamkeit Preußens, wie der übrigen Großmächte nach einer anderen Seite hin sich hätte richten müssen, und obwohl die allgemeine europäische Situation auch zur Zeit noch eine äußerst verwickelte sei, sie ihrerseits die Verhältnisse Schleswigs nicht aus den Augen verliere, sondern die betreffende Regelung derselben zum Gegenstande ihrer eifrigsten Sorge machen werde. Gegen die Ueberweisung der Petition an die Regierung findet der Minister nichts zu erinnern.

In der Kommission herrschte volle Uebereinstimmung sowohl über die Voraussagen, als auch über die Zielpunkte des Antrages. Es sprach sich die wärmste Sympathie für die gekränkten Rechte der Herzogthümer aus, denen gegenüber Verträge und bundesgesetzliche Bestimmungen mit Rücksicht getreten seien. Preußens Landesvertretung möge ihr Wort für diejenigen einlegen, denen selbst der Gebrauch des verfassungsmäßigen Rechts der Adresse an den Landesherren als Auszeichnung gedeutet werde, und die somit nicht mehr die verfassungsmäßigen Organe haben, den Schutz Preußens oder des deutschen Bundes, dem sie ihr Wohl und Wehe anvertraut, anzusuchen. Nicht leicht habe sich eine Sache in argen Verwickelungen unbefleckt erhalten, als die Schleswig-Holsteins. Erwäge man einerseits die Verhältnisse der gesammten europäischen Politik, die Einflüsse, unter denen dieselbe steht, um die dadurch bedingte unleugbare Gefahr naher Verwickelungen — andererseits das Galtlose der dänischen Monarchie, das Rathlose ihrer Regierung, so liegt die Befürchtung nahe, daß bei einem etwaigen Konflikte die deutschen Herzogthümer, dem Schicksale anderer deutschen Landstriche folgend, eine Beute des Auslandes werden. — Auf Preußen ruht die Verantwortlichkeit, in der gegenwärtigen Krise die Rechte der Herzogthümer in Schutz zu nehmen. Der Muth der deutschen Bewohner Schleswigs ist noch ungebrochen; noch hoffen sie auf Rettung von der dänischen Gewaltherrschaft, und es wird die vertrauensvolle Erwartung ausgesprochen, die Regierung werde, wie sie in der turkeystischen Angelegenheit den Weg gegangen ist, den Recht und Ehre vorgezeichnete, denselben Weg auch hier mit aller Energie verfolgen. — Die anderen beiden Petitionen, welche verlangen, daß die Regierung entschieden vorgehe und vor dem Aeußersten nicht zurückschrecke, daß das Land dann aber nicht scheuen werde, im Falle der Noth für den Bruderkamm die größten Opfer zu bringen, werden durch den Beschluß über die Berliner Petition für erledigt erklärt.

Militärzeitung.

Preußen. [Eine geschichtliche Erinnerung.] Mit der Nacht vom 2. zum 3. Mai d. J. werden es zweihundert Jahre, daß zu Kloster Oliva bei Danzig jener berühmte Frieden geschlossen wurde, auf welchen sich in der Hauptsache noch heute die Rechtsverhältnisse der Staaten des europäischen Nordens basiren, und durch welchen Brandenburg vermittelst des ihm darin zugesicherten und von den contrahirenden Mächten garantirten souveränen Besitzes des Herzogthums Preußen zuerst die gesicherte Bahn einer freien und selbständigen Entwicklung antrat. Es war das von ihm erst aufgerichtete Heer, womit Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst, in den blutigen Siegeskämpfen bei Warchau und Myburg, wie in einer langen Reihe von hartnäckigen und wechselvollen Belagerungen, Treffen und Gefechten sich den Vortzug erworben hatte, allein von allen Theilnehmern aus jenem Frieden mit Vortheil hervorzugehen; zum Beweise aber, wie groß die Anstrengungen waren, welche noch unter der Nachwirkung der schweren Drangsale des kaum bestandenen dreißigjährigen Krieges damals das erschöpfte Brandenburg unter dem genannten großen Monarchen zum Gewinne dieser Selbstständigkeit aufgeben hatte, mögen hier die auf uns überkommenen Listen des brandenburgischen Heerbestandes aus den Jahren 1645, 1657 (dem Höhepunkte des nordischen Krieges) und dann endlich noch 1666, als dem bestimmten Anfangspunkte einer eigentlich stehenden brandenburgisch-preussischen Armee, nebeneinander aufgeführt werden.

1645 waren denn an brandenburgischen Truppen vorhanden: 1 Komp. mährischer und 1 preussischer Leibgarde, Reg. v. Burgsdorf in Küstrin, Reg. v. Trotha in Pils, Reg. v. Ribbeck in Spandau, 2 Kompagnien v. Reber in Memel, 1 Komp. v. Podewils in Pillau, Reg. v. Hade in Hamm, Reg. v. Norprach in Herford und Reg. v. Schönaich in Lippstadt. Von diesen sämtlichen Truppentheilen sind beiläufig gegenwärtig nur noch das Regiment v. Trotha in dem heutigen 1. Infanterieregiment und, jedoch nur in einem schwachen, mittelbaren Uebergang und Zusammenhang (durch das Regiment „König“ Nr. 18), das Regiment v. Burgsdorf in dem heutigen 1. Garderegiment fortbestehend.

1657 waren vorhanden: Artillerie: 1 Oberst (Hochkirch), 1 Oberstleutnant, 4 Offiziere und 140 Konstabler. Kavallerie: 1 Komp. Trabanten, Leibregiment zu Pferd 8 Komp., Brunell'sche Eskadron 3 Komp. (die Bezeichnung Eskadron hat für jene Zeit ungefähr die Bedeutung wie heute Bataillon und wurde für Kavallerie und Infanterie in gleicher Weise gebraucht), Derflinger'sches Reiterreg. 7 Komp., Eller'sches Reg. 6 Komp., Goerke'sches Reg. 4 Komp., Halle'sche Eskadron 3 Komp., Hille'sches Reg. 4 Komp., Ranneberg'sches Reg. 10 Komp., Ranitz'sche Est. 2 Komp., Kapeler'sche Est. 4 Komp., Mantuffel'sche Est. 4 Komp., Massenbach'sche Freikompagnie, Puhl'sches Reg. 4 Komp., Quast'sches Reg. 4 Komp., Rantz'sches Reg. 8 Komp., Schmidt'sche Est. 3 Komp., Schönaich'sches Reg. 4 Komp., Späen'sches Reg. 8 Komp., Strein'sches Reg. 8 Komp., Georg Waldeck'sches Reg. 12 Komp., Georg Wallenrodt'sches Reg. 8 Komp., Heinrich Wallenrodt'sches Reg. 4 Komp., Ernst Wallenrodt'sche Freikompagnie, Waimar'sches Reg. 6 Komp., Wittgenstein'sches Reg.

6 Komp. und Jastrow'sches Reg. 8 Komp., oder zusammen 147 Kompagnien, d. h. Kürassiere, Dragoner: 1 Leibkompagnie, Aner'sche Est. 3 Komp., Halle'sche Est. 3 Komp., Ralkstein'sche Est. 4 Komp., Ranitz'sche Est. 4 Komp., Ranneberg'sche Kompagnie, Schönaich'sche Kompagnie, Sparr'sches Reg. 4 Komp., Waldeck'sches Reg. 5 Komp., oder zusammen 26 Kompagnien Dragoner, und endlich Infanterie: Leibregiment 6 Komp., Baroski'sche Est. 3 Komp., Barwinkel'sches Reg. 8 Komp., Dobened'sches Reg. 6 Komp., Eilenburg'sches Reg. 9 Komp., Göben'sches Reg. 9 Komp., Goltz'sches Reg. 8 Komp., Gröndel'sches Reg. 8 Komp., Halle'sche Est. 4 Komp., Hundebach'sches Reg. 12 Komp., Ralkstein'sche Est. 4 Komp., Klinghorn'sches Reg. 8 Komp., Krug'sche Est. 4 Komp., Leegewang'sche Kompagnie, Milbe'sche Kompagnie, Mettelhorst'sche Eskadron 8 Komp., Kitterfort'sches Reg. 8 Komp., Schwerin'sches Reg. 8 Komp., Syberg'sches Reg. 12 Komp., Sparr'sches Reg. 12 Komp., Uckerberg'sches Reg. 8 Komp., Uffeln'sches Reg. 8 Komp., Georg Waldeck'sches Reg. 6 Komp., Volrath Waldeck'sches Reg. 12 Komp., Wegel'sches Reg. 8 Komp. und Wittgenstein'sches Reg. wieder von 8 Kompagnien, oder zusammen 189 Kompagnien Infanterie, und alle Waffen ineinander gerechnet, zum mindesten zwischen 25—30,000 Mann, wobei indeß die in dieser nur für die zum Feldgebrauch bestimmten Truppentheile entworfenen Liste die sonst noch bestehenden Garnisonen nicht mit eingerechnet sind. Von all diesen Truppentheilen besteht außer den hier in dem Leibregiment zu Fuß und in dem Regiment Schwerin vermerkten, schon vorhin bei 1645 aufgeführten Regimentern nur noch eins, das Infanterieregiment Volrath, Graf von Waldeck, in dem heutigen 3. Infanterieregiment.

1666, wo der Kurfürst zuerst seinen Willen aussprach, auch für den Frieden dauernd ein stehendes Heer zu unterhalten, bestand nach der schon 1660 und 1661 erfolgten Abdankung des bei Weitem größten Theils jener früheren Streitkräfte, der Anfang hierzu aus folgenden Truppentheilen: Trabanten zu Fuß 2 Komp., Reg. Leibgarde zu Fuß 6 Komp., Regiment Goltz, Holftein, Späen, Syburg, Schmidt, Fargel und Ruelli von, mit Ausnahme dieses letzten Regiments und das von Späen, welche nur 6 und 4 Komp. hatten, durchgängig 8 Kompagnien, wie außerdem noch in Preußen 2 Komp. kurländ. Garde, 1 kurländ. Statthalter's Garde und die beiden Regimenter Radziwill und Schwerin zu je 6 Komp., außerdem aber an Garnisonkompagnien je eine und mehr in Küstrin, Spandau, Pils, Frankfurt, Kolberg, Lippstadt, Sparenberg, Minden, Memel, Pillau und Friedrücksburg. Das Total dieser stehenden Truppenmacht (mit Ausnahme der Trabanten nur Infanterie) darf ungefähr auf zwischen 8 und 10,000 Mann angenommen werden. Der bei weitem größte Theil dieser Truppentheile ist später in die altpreussische Armee übergetreten, in der jetzigen aber findet sich davon außer den schon vorangeführten und hier unter dem Leibregiment zu Fuß und den Regimentern von Schwerin und Holftein begriffenen Truppentheilen, nur noch die ehemals Pillau'sche Garnison in dem heutigen 5. Infanterieregiment erhalten, das als Festungsgarde oder Kompagnie von Pillau sogar seinen Ursprung bis 1636 zurückdatiren kann.

Zur gefälligen Notiz.

In neuester Zeit geht uns theils von Freunden und Gönnern unserer Zeitung, theils auch von einzelnen unserer Korrespondenten eine große Menge von Manuskripten zum Abdruck zu, welche zum Theil rein persönliche oder doch prononciert spezielle Interessen vertreten, oder andererseits in einer unbestimmten Allgemeinheit und in vagen Betrachtungen weilläufigst sich ergeben, und allerdings sehr wohl gemeint, aber ohne ersichtlich praktischen Zweck, oft ohne thatsächlichen Anhalt und ohne Interesse für das größere Publikum erscheinen. So gern wir, wie leithier stets, so auch jetzt bereit sind, dem durch derartige Zusendungen uns bekundeten Vertrauen, das wir dankbar zu würdigen wissen, nach Möglichkeit zu entsprechen, so können wir doch nicht umhin, im Interesse der geehrten Herren Verfasser, wie bei der uns überaus knapp zugemessenen Zeit in unserm eigenen, darauf hinzuweisen, daß wir gerade in gegenwärtiger Zeit durch die nothwendige, möglichst vollständige Berücksichtigung der drängenden politischen Ereignisse, durch die wichtigen Landtagsverhandlungen u. d. m. Raum unserer Zeitung, trotzdem wir den herkömmlichen Umfang derselben im Interesse unserer Leser nicht selten überschreiten, so beengt sehen, daß wir den oben charakterisirten Anforderungen zu genügen, völlig außer Stande sind. Ebenso wenig ist es thunlich, derartige Manuskripte auszubewahren oder zurückzusetzen. Wir bitten also eben so freundlich als dringend, wo wir etwaigen Wünschen, die einzeln betrachtet, dem Einzelnen stets sehr leicht erfüllbar scheinen, nicht entsprechen können, dies nicht uns, sondern dem unausweichlichen Zwange der Verhältnisse auf Rechnung stellen zu wollen.

Aus Bromberg, vom 25. April geht uns folgende Berichtigung zu: Die Nachricht aus Bromberg vom 20. April d. J. in der „Posener Zeitung“ Nr. 94, welche mich betrifft, ist falsch, und nöthigt mich, meine Erklärung auf die Wahl, die ich schriftlich abgegeben habe, wörtlich mitzutheilen: „So hoch ich auch das Vertrauen meiner Herren Kollegen schätze, so muß ich doch nach vielfacher Erwägung aller meiner Verhältnisse erklären, daß es mir unmöglich ist, die Wahl als Mitglied des Herrenhauses anzunehmen.“ Auch nicht mündlich habe ich eine Beihilfe zu den Unterhaltungskosten in Berlin verlangt, überhaupt niemals die geringste Andeutung gemacht, daß ich eine solche Beihilfe wünsche, sondern bei jeder Veranlassung mit Entschiedenheit erklärt, daß ich, wenn ich die Wahl annehmen könnte, dies ohne jede Beihilfe thun würde.

Schulz II., Justizrath.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 25. April. Holzflößen: 10 Tristen Eichenanthölzer und 2 Tristen Kiefernanthölzer mit Eichenantholz beladet, von Neustadt nach Stettin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Im Anschlusse an unsre in dieser Zeitung publicirte Bekanntmachung vom 23. März c. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß Anerbietungen auf Uebernahme der Erdarbeiten an dem im Auge der Obornik-Posener Kreis-Schulze bei dem Dorfe Bogdanowo belegenen Berge von kautionsfähigen Unternehmern bis zum Termine den 12. Mai c. Nachmittags 3 Uhr auf dem königl. Landrathsamte in Obornik entgegengenommen werden.

Obornik, den 27. April 1860.
Die Kreischauffee- und Baukommission
Oborniker Kreis.

Proclama.
Die den Erben des Rittergutsbesizers Boanventura v. Kozorowski gehörigen, im Kottener Kreise belegenen Rittergüter:
a) Plotowo, exkl. Wald taxirt auf 62,175 Thlr. 2 Sgr. 1 Pf.
b) Mikoszki, taxirt auf 44,072 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.
c) Lagiewniki ersten Theils, taxirt auf 13,413 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., so wie die zu Plotowo gehörige Forstfläche von 505 Morgen 110 □ Ruthen, abgetheilt auf 73,047 Thlr. d) 10 Thlr. in dem am 30. Mai d. J. Vormittags 10 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle im alten Gerichtsgebäude anstehenden Termine im Wege der freiwilligen Substitution öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.
Die Seitens der königl. Generalkommission

zu Posen aufgenommene Taxe liegt in unserm Bureau für Vormundschafts- und Nachlassachen während der Geschäftsstunden täglich zur Einsicht aus.

Kosten, den 15. Februar 1860.
Königliches Kreisgericht. II.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Kosten, Abtheilung I.

Kosten, den 5. Februar 1860.

Das dem Kaufmann Elias Lasowicz gehörige, zu Kosten sub Nr. 19 belegene Hausgrundstück, abgetheilt auf 6122 Thlr. 28 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

3. September 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle im neuen Gefängnisgebäude subastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Bekanntmachung.
Die Theilung des Nachlasses des am 22. März 1859 zu Kreuzburg verstorbenen früheren Buchkaufmanns Reinhold Grünwald steht bevor und wird auf Grund der §§. 136 folgende Thl. I. Tit. 17 A. L. R. hiermit zur öffentlichen Bekanntmachung gebracht.

Kreuzburg d. S., den 21. März 1860.
Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Möbel-, Cigarren- und Wein-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier werde ich Montag den 30. April c. Vormittags von 9 Uhr ab in dem Auktions-lokal Magazinstr. Nr. 1,

Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: eine gute Plaisir-Garnitur, zwei Mahagoni-Bettstellen mit Sprungfeder-Matrasen, Sophas, Sophasche, Kommoden, Stühle, Spiegel, Kleider-, Kipp- und Klappspinde; ferner: eine gute Violine mit Noten, Betten, Männer- u. Frauenkleider, 1 1/2 Oghost Eßig, 150 Bouteillen süßen, berten Ungar-, Rhein- und Rothwein, 40 Mille gute Cigarren, Eisenwaaren, 100 Dgd. Handschuhe, Regenschirme und Hausgeräthe.

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.
Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Gründlichen Unterricht im Englischen ertheilt der Lehrer

J. Cohn, alten Markt 82, 2 Tr.

Anmeldungen zur Töchter-Religionschule nimmt entgegen Jacobsohn, Lehrer.

Unterricht in der französischen, polnischen und deutschen Sprache, wie auch im Klavierspielen ertheilt billig A. Wolf, geprüfte Lehrerin, Posen St. Martin Nr. 80 Partierre.

Das im Sufer Kreise gelegene Gut Bulo-wie soll von Johann c. ab anderweit verpachtet werden. Pachtlustige erfahren das Nähere bei dem Oberförster Heyder zu Las-sowko bei Gräg.

Gräg, den 25. April 1860.
Martini, Rechtsanwalt und Notar.

Die in dem zu Obornik am Markte sub Nr. 112 belegenen Grundstücke, worin seit einer Reihe von Jahren Wein-, Materialhandel und Gastwirtschaft betrieben worden, sind vom 1. Oktober d. J. ab anderweitig auf einige Jahre zu verpachten. Die Bedingungen sind auf portofreie Anfragen zu erfahren bei dem Posthalter v. Seidlitz in Obornik.

Obornik, den 25. April 1860.

Ein Vorwerk, hart an der von Wreschen nach Mikoslaw führenden Chaussee belegene, enthaltend 40 Morgen Weizen und 60 Morgen korntragenden Boden, worauf ein herrschaftliches Wohnhaus mit 7 Stuben, eine Ofizin, Stallungen und Scheune, alles in gutem Bauzustande, schönem Obst- und Gemüsegarten, weist zum sofortigen Verkauf nach der Agent

Crusius in Schroda.

Jeder Zahnschmerz

ohne Unterschied wird in höchstens einer Minute hier und außerhalb unentgeltlich vertrieben gegen Emballagevergütung bei

E. Hückstädt,
Berlin, Dranienstr. 82 part.

In der Tapfserie- und Waarenhandlung von Eugen Werner, Friedrichs-

straße 29, werden Aufträge zum Färben und Waschen von Sammet, Tuch, Seide und allen anderen Stoffen für eine auswärtige renommirte Färberei entgegengenommen.

Einem hochgeehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mich hierorts als Glashändler, Glaschleifer und Glaschneider etablirt habe, und verspreche, alle in dieses Fach einschlagenden Artikel zu den billigsten Preisen herzustellen.

Anton Hofer,
Breslauerstraße Nr. 14, im Hause des Herrn Badowski.

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mich in der Stadt Posen niedergelassen und das Abdeckerei-Geschäft fortan betreiben werde. Die etwaigen Bestellungen und Aufträge werden Schrodta Nr. 47 zu jeder Zeit angenommen und auf das Sorgfältigste und Prompteste ausgeführt werden.

Karl Seger.

Heilquelle zu Lippspringe

in Westfalen.

Gegen beginnende und nicht zum dritten Grade vorgeschrittene Augenwindhude, Bluthusten und Hämorrhoidaler Störungen. — Unter den Gasthöfen sind besonders zu empfehlen: Sotheide 20 Zimmer, Brautmann 20 Z., Pörtner 18 Z., Schmalhans 12 Z., Wegener 8 Z., unter den Privatwohnungen: Althoff 10 Z., Deuberg 9 Z., Rote 9 Z., Dr. Kramer, Dr. Fischer, Bademeister Fischer 7 Z., Johann Fischer 7 Z., Hier. Kumenie 8 Z., Bauer 6 Z., W. Ruhe 7 Z., Krüger 5 Z., Müller 5 Z., S. Deuberg 4 Z., Pol. Serg. Mertens 4 Z. Anfragen nach Wohnungen bitten wir an Genannte zu richten. Die Omnibusse der Gasthöfe vermitteln die Beförderung von Paderborn. Brunnensärztliche Anfragen erledigen **Dr. Fischer, Dr. Kramer**, beide amässig in Lippspringe.

Hagelversicherungs-Gesellschaft zu Erfurt,

bestätigt

durch Allerhöchste Kabinettsordre d. d. Berlin, den 24. Februar 1845, zählte im verfloßenen Jahre 8925 Mitglieder mit einer Versicherungssumme von 6,475,625 Thlr., darunter 3397 neu hinzugekommene Interessenten mit einer Versicherungssumme von 2,847,050 Thlr., und vergütete an 1210 Beschädigte den Betrag von 81,839 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf. Durch eine am 7. November v. J. abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaftsmitglieder hat dieselbe mehrere Abänderungen des Gesellschaftstatuts beschlossen und vorgenommen, welche auch bereits durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 27. März d. J. die Bestätigung erlangt haben, und werden daher von jetzt ab alle Versicherungen auf Grund des neu redigierten Statuts abgeschlossen.

Demgemäß gewährt die Gesellschaft nunmehr auch ihren Mitgliedern vollständigen Ersatz für vorkommende Hagelschäden und bietet überhaupt dem Publikum sowohl bei der Versicherungs-nahme als auch in Schadensfällen durch anerkannt loyale Regulierung derselben die möglichsten Vortheile.

Zur Verabreichung der Rechnungsbücher pro 1859 an die zeitherigen Mitglieder, von Statuten und Antragsformularen, so wie zur Entgegennahme und Unterfertigung von Versicherungs-Anträgen empfiehlt sich

C. Meyer, Bergstraße Nr. 6,

so wie die in den nachbenannten Provinzialstädten angestellten Spezial-Agenten, und zwar:

in Bromberg — M. Breidenbach ,	in Ostrowo — Moritz Weblau ,
Gumpin — David Lasch ,	Vleichen — Marcus Cohn ,
Grün — M. Bartmann ,	Pinne — Abt. Lewin ,
Hilfene — A. Gabali ,	Polajewo — Kob. Lohmann ,
Hraustadt — D. Neustadt ,	Schubin — C. E. Albrecht ,
Grätz — Wolf Badt ,	Schroda — A. Kanowski ,
Gneien — C. Brunner ,	Samter — L. Remelsdorf ,
Goslyn — J. A. Elfer ,	Schönlake — J. G. Rißer ,
Snawraclaw — J. Weiglein ,	Erzemesino — F. Gafrański ,
Krotoschin — J. St. Blanquart ,	Wollstein — Moritz Böhmig ,
Neustadt b. P. — M. Wolfsohn ,	Wongrowitz — M. Gosiński ,
Rafel — L. A. Kallmann ,	Wreschen — S. Nowakowski .

Die Vaterländische Hagelversicherungs-Gesellschaft in Elberfeld,

gegründet mit einem Kapital von einer Million Thlr., versichert zu billigen und festen Prämien, bei welchen nie eine Nachzahlung erfolgen kann, sämtliche Bodenerzeugnisse, sowie Feuerschäden gegen Hagelschäden.

Die Entschädigungen werden prompt und spätestens binnen Monatsfrist nach Feststellung derselben ausbezahlt.

Nähere Auskunft unter Gratisbehandlung der Antragsformulare und Versicherungs-Bedingungen ertheilen bereitwillig die Agenten:

in Aldein Herr Konst. Gunder ,	in Lutz Herr Lehrer Neumann ,
Bul Herr L. Wertheim ,	Mieschitz Herr F. Fiste ,
Bojanowo Herr Baummeister Maese ,	Miloslav Herr Gabr. Kaphan ,
Birnbaum Herr J. B. Levy ,	M. Friedland Herr B. Wolf ,
Badenburg Herr C. F. Haupt ,	Moschin Herr J. Silberstein ,
Bromberg Herr Julius Jacoby ,	Machlin Herr Lehrer Jenke ,
Biedzadowo Herr Maurermeister Plag ,	Neutombel Herr D. Bonn ,
Borel Herr C. A. Wolmann ,	Neustadt a. W. Herr L. Smolzewski ,
Gumpin Herr Lehrer Bornstein ,	Neustadt b. P. Herr C. Dettinger ,
Obodziele Herr Levy Kesser ,	Ostrowo Herr C. Spiro ,
Konitz Herr Altmar Wappes ,	Oberligo Herr M. Simonsohn ,
Czerniewo Herr Daniel Diez ,	Palosch Herr C. Bernstein ,
Dolzig Herr Posteped. Wilschke ,	Ratwig Herr B. Dettinger ,
Dobrzyca Herr M. Friedewald ,	Posen Herr Thayler , Stadtrath a. D.,
Deutsch-Krone Herr J. M. Werner ,	Herr A. Molinski .
Grätz Herr M. Janke ,	Rehden Herr Seilermeister Biele ,
Gollanz Herr M. Wertheim ,	Schwerin Herr S. A. Heymann ,
Gemburzewo Herr v. Glacenapp ,	Samter Herr Apotheker König ,
Gneien Herr Nendant Müller ,	Schwerin Herr Jul. Goerlt ,
Gollub Herr Nathan Cohn ,	Schönlake Herr M. Hirschberg ,
Gniemkow Herr A. Gerlowski ,	Schönlake Herr J. C. Cohn ,
Gombitz Herr C. Smucinski ,	Strasburg Herr S. Loewenberg ,
Gonsawa Herr A. Meißner ,	Schönlake Herr Sekretär Scheut ,
Kosten Herr C. Pasowicz ,	Strzelno Herr J. Samter ,
Kuritz Herr C. Spiro ,	Smilskow Herr Gutsbecker Steinf ,
Kempen Herr J. C. Gunder ,	Lütz Herr Kammerer Rüdte ,
Krotoschin Herr M. Rosenfein ,	Thorn Herr C. Mostkiewicz ,
Kozmin Herr Apotheker Columbus ,	Uscz Herr C. Uscz ,
Louisenfelde Herr Posteped. Arnold ,	Wreschen Herr A. Sieburth ,
Lopienno Herr A. Grachowski ,	Znin Herr Kammerer Gayle ,
Laudel i. W. Herr Dr. Apotheker Keller ,	Jonny Herr S. Weinert ,
Lissa Herr Ph. Hannach ,	Zerkow Herr L. Radt .

so wie der Unterzeichnete zur Vollziehung der Polizen bevollmächtigte Haupt-Agent
Posen, den 28. April 1860.

Eduard Mamroth,

Bureau: Breslauerstr. Nr. 17.

Für Bauunternehmer.

Hierdurch erlauben wir uns bei der wieder beginnenden Bau-Saison auf unsere von den königlich preussischen, königl. bayrischen, königl. kaiserl. österreichischen, königl. kaiserl. russischen und königl. und herzogl. sächsischen Regierungen als feuersicher anerkannte

Stein-Dachpappen

aus unseren Fabriken in Barge bei Sagan, Breslau, Berlin, Görlitz und Warschau ergebenst aufmerksam zu machen und gleichzeitig zur Kenntniss zu bringen, dass die Ausführung von Bedachungen mit unsern Fabrikat für Posen und Umgegend

Herr Klempnermeister H. Klug dort

für uns übernimmt, ebenso auch den Commissions-Verkauf für uns besorgt und zu diesem Zwecke stets Lager von unsern Dachpappen hält.

Stalling & Ziem.

Auf Obiges mich beziehend, empfehle diese anerkannt preiswürdigen Pappen und führe Bedachung damit unter Garantie aus. Eben so alle in mein Fach schlagende Bauarbeiten in Zink und Eisenblech und Hietere, da ich die königl. Hofzinkguss-Fabrik in Potsdam vertritt, architektonische Verzierungen getrieben und in Zinkguss zu Fabrikpreisen. Proben wie Zeichnungen sind in reichster Auswahl vorhanden.

Posen, Friedrichsstraße 33.

H. Klug.

Die Dachpappen- und Asphalt-Fabrik von Moritz Victor, gr. Gerberstr. 35.

empfehle feuersichere Dachpappen bester Qualität und übernimmt die Ausführung kompletter Bedachungen unter mehrjähriger Garantie zu den möglichsten Preisen.

Asphaltarbeiten, als: Fußböden in Fluren, Küchen, Kellern, Brennereien, Holzschichten auf Mauern u., Steinföhletheer, Cement billigt.

Feuersichere Steinpappe zur Bedachung

aus der Fabrik der Herren **Schroeder & Schmerbach** in Stettin, empfiehlt den Herren Bauunternehmern in anerkannter Güte billigt

Theodor Baarh,

Comptoir: Schuhmacherstraße Nr. 20.

Gogoliner Kalk,

frisch gebrannt, in Posen so wie auf den Eisenbahnstationen, Portland-Cement, Granit, Dachpappen eigener Fabrik, Asphalt, Steinföhletheer, Grabdenkmäler, Figuren, Basen, Tische, Bänke u. i. w. zu Gartenverzierungen, auch Krippen und Tröge in Gussstein eigener Fabrik, so wie sonstige Baumaterialien offerire billigt

Posen.

A. Krzyzanowski,

Gerberdamm und Sandstraße Nr. 10.



Pohl's neue Riesen-Futter-Runkel-Rübe

mit gelber Wurzel (zweiter Jahrgang). Von eigener mit rother Wurzel (viertel Jahrgang). 1859 Ernte. Turnips-Runkelrüben, große, sehr lange gelbe, oberhalb große, sehr lange rothe, der Erde große, sehr lange weiße, wachsend. Runkel-Rüben, große, lange dicke gelbe Klumpen) zum großen, lange dicke gelbe Klumpen) Abblatten. rothe Wiener Tellerrübe) Runkel-Rüben gelbe Wiener Tellerrübe)

und Futter-Riesen-Wurzel-Möhren-Samen.



so wie alle Arten Gemüse-Samen zu Frühbeet- resp. Mistbeetbereitung und für's freie Land, Blumen- und ökonomische Futter- und Gras-, Möhren-Sorten, Erbsen- und Krant-Saamen offerirt von erprobter Keimkraft und Echtheit zu geneigter Abnahme.

Breslau, Herrenstraße Nr. 5, nahe am Blücherplatz.

Friedrich Gustav Pohl.

Holländischen Riesen-Sommer-Kaps

offerirt zur Saat (a Scheffel 6 Thlr.) das Dominium **Swieclnek** bei **Schwerin**.

Runkelrüben, lange rothe, a Pfund 5 Sgr.,

Rückert, St. Adalbertsmühle 38.

Rieser-Samen.

(pinus sylvestris), mit Garantie für die Keimfähigkeit, offerirt billigt **H. Gaertner**, Forstverwalter in **Schönthal** bei **Sagan** in Schlesien.

Amerikanischer Pferdehahn-Mais

ist frisch und billigt zu haben beim Expeditur

Rudolph Rabsilber

in Posen, Breitestr. 20.

Mohrrüben, weiße grünpöfige Riesen-, a Pfd. 8 Sgr.,

Runkelrüben, lange rothe, 100 Pfd. 15 Thlr.,

ditto, Pohl's Riesen-, 100 Pfd. 20 Thlr.,

bei **A. Niessing** in **Poln. Lissa**.

Blumen-Bouquet's

mit Camellien, von jetzt ab mit 7 1/2 Sgr. im

Blumen-Ausverkauf Mühlenstr. Nr. 10.

Roth und weißen Alee so wie Saat-

erbsen und Lupinen offerirt billigt

Moritz Bergas,

Graben Nr. 3.

200 Mutterkühe, zwei-,

drei- und vierjährig, stehen auf

dem Dom. Dembe bei **Czarni-**

lau zum Verkauf. Die Kühe

sind gesund, reichwollig und starken Buchses.

Dieselben können jetzt besichtigt und gekauft, je-

doch erst nach der Schur abgenommen werden.

Torfische kauft Julius Schwerin,

gr. Gerberstraße Nr. 35.

S. TUCHOLSKI, Wilhelmsstraße 10,

empfehle seine auf der Leipziger Messe persönlich gemachten vortheilhaften Einkäufe in Korsets, Krinolinen, Stahlreifen, verschiedenen Sommer- und Glacée-Handschuhen, Damengürteln, Haartoups, Ledertaschen, Gürteln, Schnallen, Strümpfen und Socken, Strickwollen, Knicker und En tout cas, und sämtliche

Kurzwaaren

einer gütigen Beachtung.

Das Waaren-Lager

von

Aronsohn & Schlesinger,

früher **Julius Pander**,

Markt Nr. 85, 1. Etage, Ecke der Schlossstraße,

empfehle von der Leipziger Messe eine große Partie echt französischer Stickereien, welche zum

Ausverkauf gestellt sind, und werden sämtliche Gegenstände davon zu spottbilligen Preisen abgegeben.

Der Ausverkauf beginnt am Montag den 29. April.

Ziegel-Verkauf.

Von der königlichen Direktion der Ober-schlesischen Eisenbahn zu **Breslau** bin ich ermächtigt worden, die auf dem Grundstücke kleine Gartenstraße Nr. 9 lagernden Ziegel freihändig gegen gleich baare Bezahlung zu verkaufen.

Der Verkauf kann in Loosen von 1000 Stück erfolgen.

Kaufliebhaber ersuche ich ergebenst, sich in nächster Zeit in meinem Bureau, kleine Ritterstraße Nr. 8, Vormittags von 10 bis 12 Uhr und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr gefälligst zu melden.

Posen, den 12. April 1860.

Embacher, Rendant.

Für Bauherren.

Mein bisher in der Schifferstraße Nr. 18 befindliches Baumaterialien-Geschäft und Dachpappenfabrik verlege vom 1. Mai d. J. ab nach meinem am Gerberdamm und der Sandstraße sub Nr. 10 belegenen Grundstück, woselbst Alles zum raschesten Expediren meiner geehrten Kunden Erforderliche wohl eingerichtet ist.

Meine in der Schifferstraße an der Warthe noch befindlichen Ziegel verkaufe, um damit zu räumen, zu den billigsten Preisen.

Posen, den 15. April 1860.

A. Krzyzanowski.

Gogoliner Kalk

verkauft sowohl im Ganzen als auch en detail, so wie echten englischen Portland-Cement

J. Skokalski,

St. Martin und Mühlenstraßen-Ecke Nr. 9.

Echt englischen

Patent-Portlandcement,

Steinkohlentheer und

feuersichere Steinpappe

offerire ich billigt und übernehme die solide

Eindeckung von Dächern

unter Garantie.

Rudolph Rabsilber,

Speditur in Posen, Breitestraße 20.

Tapeten

in den neuesten Dessins empfangen und offerirt

zu auffallend billigen Preisen

Gebr. Koraach, Markt 10.

Durch persönlich vortheilhafte Einkäufe auf der jüngsten Leipziger Messe, so wie durch direkte Zufuhren aus Paris ist unser Puz- und Modewaaren-Geschäft wiederum mit den schönsten und geschmackvollsten Nouveautés ausgestattet und empfehlen wir diese zu möglichst billigen Preisen.

Geschw. Herrmann,

Wilhelmsstr. Nr. 22.

Den noch vorhandenen kleinen Por-

rath Nesterleinen, sowie eine

Partie Bielefelder Handgarnleinen von

150 Stück à 16 — 22 Thlr. offerirt als Gelegen-

heits-Einkauf auffallend billig die Weiß-

waaren-, Leinen-, Tischzeug- und Wäsche-Handlung von

K. Szymańska.

Neuestr. Nr. 4.

Unsere Nouveautés von Paris und Leipzig sind vollständig eingetroffen.
Bei einer reichhaltigen Auswahl in allen Branchen sind wir im Stande, mit der reellsten Bedienung zu
sehr billigen Preisen zu verkaufen und machen wir ein geehrtes Publikum hierauf besonders aufmerksam.



Meyer Falk Nachfolger.

Den Empfang der Nouveautés in Kleiderstoffen für die Saison beehre ich mich hiermit anzuzeigen. Sowohl klare, als auch dicke Stoffe sind in einer so außerordentlichen Mannigfaltigkeit erschienen, daß jedes Genre vom Einfachsten bis zum Eleganteren durch reizende Muster zu den billigsten Preisen vertreten ist. Gleichzeitig mache ich auf eine Partie Challys und Mohairs, sowohl in langtreifig wie farbig, aufmerksam, die ich zu außerordentlich billigen Preisen abzugeben im Stande bin.

Louis Hirschfeld,

61. Markt und Breslauerstrasse Ecke 61.

Die Tuch- und Buckskin-Handlung

von

S. HEIMANN KANTOROWICZ,

Markt Nr. 72,

empfiehlt ihr durch sehr vortheilhafte Einkäufe in Leipzig bestes sortirtes Lager von

Tuchen, Rock- und Beinkleiderstoffen

in den geschmackvollsten Dessins zu sehr billigen aber festen Preisen.

Durch das Eintreffen meiner Leipziger Messwaren, so wie sämtlicher Neuheiten für die Sommer-Saison, bieten meine Lager eine nach allen Geschmacksrichtungen hin reiche und gediegene Auswahl.

Sowohl die einfachsten und billigsten, wie auch die feinsten Artikel sind in größter Auswahl vertreten und die Preise durch große und komptante Einkäufe aufs Billigste gestellt.



Anton Schmidt

(Modewaaren-Lager).

So eben von der Leipziger Messe zurückgekehrt, empfehle ich mein gut assortirtes Lager elegantester, nach Pariser Modellen gefertigter Damenhüte und Säuben für die Sommerfaison mit der Garantie anerkannter solider Preise.

A. Röder,
Friedrichstraße, vis-à-vis der Landschaft.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit heutigem Tage habe ich am hiesigen Plage Markt 94 ein wohl assortirtes

Leinen- und Manufakturwaaren-Lager

en gros et en detail

etabliert und empfehle zu auffallend billigen aber festen Preisen

fächische, schlesische, irische, böhmische Handgarn- und ganz besonders gute Zwirn-Leinen, Gedecke, Stuben-, Küchen- und Roll-Handtücher, Taschentücher, fertige Wäsche, Shirtings, gestreifte und changirte Inlets, Bettbrillich, bunte Bettbezüge, Strümpfe, Piqué, Piqué-Bettdecken in Bunt und Weiß, Wallis, Cambriod, gemustert und glatt, Battiste, alle Arten von Futterstoffen, eine große Auswahl von Hofenzeugen, Flanell, Pferdedecken, Sackbrilliche, fertige Getreidesäcke etc.

Posen, im April 1860.



Salomon Beck,
Markt 94.

Wollzücken-Drillich und Leinwand

bis 65 Zollpfund schwer,

empfiehlt zu dem billigsten Preise

Anton Schmidt

(Leinen-Lager).

Wollsaß-Drillich

in schwerster Waare empfiehlt

K. Liszkowski,

Wilhelmsstraße Nr. 12.

En tous cas und Knicker in größter

auswahl zu

auffallend billigen Preisen

empfehlen

Gebr. Korach, Markt Nr. 40.

Rheinwein-Gebinde

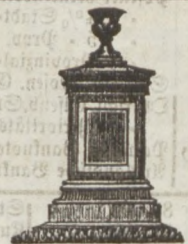
sind zu verkaufen in **Mylius Hôtel.**

Grabschmuck

in Marmor, Granit, Sandstein und Metall, nach Modellen des Münchener Kirchhofes als dem berühmtesten in Deutschland, liefert außerordentlich billig und hält stets Musterlager

H. Klug.

Die erwarteten kleinen billigen Marmorkreuze sind jetzt wieder vorrätig, ebenso Platten in grösster Auswahl.



Moras haarstärkendes Mittel.

Eau de Cologne philocome, erfunden von A. Moras & Komp. in Köln, auch als wolleit zu empfehlen, da eine Flasche für 3 Wochen genügt; per 1/2 Flasche 20 Sgr., per 1/4 Flasche 10 Sgr. Eicht zu haben bei

Ludwig Johann Meyer.

Echt Brönnersches Fleckwasser,



namentlich zum Waschen der Glacehandschuhe empfiehlt in Originalflaschen à 2 1/2 und 6 Sgr. (6 große Flaschen für 1 Thlr.), wie auch in großen Weinflaschen à 27 1/2 Sgr.

die Farbenhandlung von **Adolph Asch,** Schloßstr. 5.

Rheinische Maitranteenz, zur Bereitung von 6 Flaschen Maitrant, empfiehlt à 81. 10 Sgr.

Ludwig Johann Meyer,

Neuestr.

Frisch geräucherter u. marinirter Lachs ist wieder zu haben bei **A. Stamper,** Markt 66. NB. Den marinirten Lachs verkaufe ich auch in einzelnen Stücken.

Frische

Dominial-Tafelbutter

in 1/1 und 1/2 Garnißgefäßen vorrätig

bei **Adolph Bernstein,**

Berlinerstr. 13.

Täglich frischen Maitrant bei

Gebrüder Tichauer.

Zwei solide, brauchbare Landwirthschafterinnen, die mit der Küche und Wäsche, so wie mit der Vieh- und Milchwirthschaft, mit der Wärfung und mit dem Ginnachen von Früchten Bescheid wissen, erhalten als Wirthschafterinnen vorzüglich gute und dauernde Posten.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann **R. Felsmann** in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Gebte Nähterinnen (nur solche) im Kleidermachen, können bei gutem Honorar dauernd beschäftigt werden.

Schneidermeister **B. Levy,** Markt 58.

Ein junges Fräulein aus anständiger, gebildeter Familie, ohne allen Anhang, von schönem Wuchs und lieblidem Wesen, mit einer sehr wissenschaftlichen Bildung begabt, namentlich in allen weiblichen Arbeiten und Kunstfertigkeiten geübt, auch in fremden Sprachen bewandert, von streng sittlichem Charakter, deren Verpönllichkeit und Benehmen von gewinnender Anmut ist, möchte gern baldigst eine Stelle als Reisebegleiterin annehmen. Durch ihre Gewandtheit und Geschäftigkeit eignet sich dieselbe vortreflich hierzu, und verspricht die Empföhlen, sich der geehrten Herrschaft recht nützlich machen zu wollen und derselben die beste Pflege und Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann **R. Felsmann** in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Ein elternloses Mädchen aus guter Familie, 17 Jahr alt, wünscht sofort oder vom 1. Mai einen Dienst. Das Nähere bei dem Gastwirth Herrn **Vonhof,** Mittelstr.

Die Herren **Alexander v. Kuchborst** und **Mieczyslaw v. Zaragewski,** welche beide im Jahre 1858 sich hier als Oekonomie-Volontaire aufhielten, werden hiermit dringend ersucht, mir baldigst ihre jetzigen Adressen anzuzeigen.

Kaufmann **C. A. Krempner**

in Guttentag D. S.

Ein sehr tüchtiger Oekonomie-Direktor, seit vielen Jahren Landwirth, mit sämtlichen technischen Gewerben und Fabrikationszweigen vollkommen vertraut, ausgezeichnet in der Agrikultur, in der ländlichen Gerichtsbarkeit und Polizeiverwaltung, auch im Rentfache sehr bewandert, im rüstigsten Mannesalter, streng rechtlich und in jeder Hinsicht verlässlich, in bedeutender Höhe fäktionssfähig, wünscht unter soliden Bedingungen einen Wirthschafts-Direktor, oder einen selbstständigen Wirthschafts-Inspektor-Posten.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann **R. Felsmann** in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Ein mit guten Attesten und Empfehlungen versehenen, unverheiratheten, der polnischen Sprache mächtiger Wirthschafts-Schreiber findet vom 1. Juni ein Placament auf dem Dominium **Grodzisk** bei Pleschen. **Dehmel.**

Neuchâtel

Anlehenloose,

Hauptpreis

Fr. 100,000.

Mit welchen man nie verliert, wohl aber im Verlauf der jährlich zwei Mal am 1. Mai und 1. November stattfindenden Gewinnziehungen einen der enthaltenden Gewinne von Fr. 100,000, 35,000, 30,000, 25,000, 20,000, 15,000 bis abwärts Fr. 11 erlangen muß, verläßt unterzeichnetes Handlungshaus à Thlr. 2. Sgr. 26., pro Stück, mit dem Bemerkten, daß auf Verlangen alle durch mich bezogenen Originalloose nach der Ziehung wieder zurückgekauft werden, wodurch am besten bewiesen wird, wie wenig bei Betheiligung dieses Anlehens zu riskiren ist.

Rudolph Strauss, Bankier in Frankfurt a. Main.

Ziehungslisten erfolgen nach der Ziehung pünktlich.

Am Sonntag den 29. d. Mts. Gelegenheit nach

Breslauerstr. 17, I. Etage sind 1 oder 2 Zimmer mit oder ohne Möbel zu verm.

Berlinerstr. 15a. sind 1) die Beletage, aufs Elegante renovirt, bestehend aus 11 Zimmern, 2 Küchen und Speisekammern nebst Zubehör, ganz oder getheilt, mit oder ohne Pferde- und Wagenremise, vom 1. Juli c. ab, 2) im 2. Stock eine Wohnung, bestehend aus 5 Zimmern, Küche, Speisekammer nebst Zubehör, mit oder ohne Pferde- und Wagenremise, sofort oder vom 1. Juli c. ab zu vermieten.

Eine möbl. Stube mit Kofee ist billig zu vermieten. Näheres zu erfragen im **Odeum** beim Kreisrath **Feincke.**

Mühlenstraße Nr. 10 ist ein freundlicher geräumiger Garten nebst großem Glashaus, zur Einrichtung eines Brunnens, Gartens etc. sehr geeignet, sofort zu vermieten. — Näheres Partier bei

W. Meves.

Gerber- und Wasserstraßen ist vom 1. Oktober a. c. die erste Etage miethsfrei, nähere Auskunft im Laden bei

J. N. Leitgeber.

St. Martin 25 n. 26 sind 2. Militärver- sieg. gr. Wohnungen nebst Pferdest. zu verm.

Eine möblirte Stube ist zu vermieten kleine Gerberstraße Nr. 2.

Capitaplatz 3 f. eleg. möbl. Zim. sof. zu verm.

Breslauerstr. 38 ist eine freundl. Stube sofort zu verm. Zu erfr. im Hinterhause daselbst.

Schiffstr. 20 1. Stock ist 1 möbl. St. sof. z. v.

Ein Laden

ist Breslauerstraße Nr. 36, worin seit mehreren Jahren ein Fleisch- und Wurstgeschäft betrieben worden, nebst mehreren dazu gehörigen Lokalen von Michaelis d. J. ab zu vermieten. Näheres beim Eigenthümer Wallische Nr. 4.

Für Holz, Ziegeln, Dachsteine und dergl. Materialien sind **Graben Nr. 8 B** Lagerplätze, und kann daselbst auch auf Verlangen der Verkauf besorgt werden.

Schneider

finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei dem königl. 2. (Leib-) Husaren-Regiment. Arbeitsuchende wollen sich baldigst melden bei dem Zahlmeister, Lieutenant a. D. **Zeh,** Mühlenstraße Nr. 18.

Zur Leitung einer Glasfabrik im Auslande wünsche ich einen Mann als Direktor zu engagiren. **W. J. Matthesius** in Berlin.

Wirthschaftsbeamter.

Ein mit guten Attesten und Empfehlungen versehenen, unverheiratheten, der polnischen Sprache mächtiger Wirthschafts-Schreiber findet vom 1. Juni ein Placament auf dem Dominium **Grodzisk** bei Pleschen. **Dehmel.**

